





7



10



22

**I EDITORIAL**

**I SCHWERPUNKT**

- Wismar rückt zusammen und näht Gesichtsmasken für alle
- Wenn Paritätische Migrations- beratungsstellen und Ratsuchende „mbeonline“ gehen
- Eine besondere Herausforderung
- Schlechte Zeiten für die transnationale Lebenswirklichkeit: Die nationalistische Dimension des Virus/Neu erschienen
- Kein Platz zum Sein
- Drei Fragen an Werena Rosenke, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.
- Drogen und Corona. Eine besondere Herausforderung für alle.
- Kitas in der Krise
- Alles anders über Nacht: Die Coronakrise in der stationären Kinder- und Jugendhilfe
- Das Motto lautete und lautet: „Wir packen das!“
- Drinnen und draußen - Leben im Pflegeheim in Zeiten von Corona
- Drei Fragen an Dirk Weltzin, Integrations-Werkstätten-Oberschwaben
- Gewaltschutz in der Corona-Krise

**3 I SOZIALPOLITIK**

- Rassismus kann überwunden werden, wir sollten unbedingt selbstkritischer werden/Rechtsextremismus **22**
  - #100EuroMehrSofort/Neue Kampagne **24**
  - Rezension: Argumente gegen Altersarmut **26**
- 7 I VERBANDSRUNDSCHAU**
- Prof. Dr. Rolf Rosenbrock im Interview **27**
  - BUND und Parität gemeinsam für #Ökosozial **29**
  - Drei Fragen an OLAF BANDT, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – BUND e.V. **30**
  - Paritätischer positioniert sich zu Mitschulden in Corona-Zeiten **31**
  - Gemeinsame Kreidezeit/Scout-Camp 2020 **32**
  - Vermischtes **33**
  - Termine **34**
  - Umfrage/Impressum **35**

Immer aktuell!

**Der Paritätische  
Newsletter**

Jetzt anmelden auf  
[der-paritaetische.de/newsletter](http://der-paritaetische.de/newsletter)



**NICHT NUR GEDRUCKT  
SONDERN AUCH UNTER  
[FACEBOOK.COM/PARITAET](https://www.facebook.com/paritaet)  
BEI TWITTER UNTER @PARITAET  
BEI INSTAGRAM ALS PARITAET**



## LIEBE LESER\*INNEN,

die COVID-19-Pandemie stellt alles infrage, auch die Träger und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege. Zunächst war die Lage einfach unübersichtlich. Vielerorts konnten Einrichtungen die mit den Leistungsträgern vereinbarten Leistungen nicht erbringen oder mussten wegen Schließung oder ausbleibender Belegung mit hohen Einnahmeverlusten rechnen oder gar um ihre Existenz fürchten. Kitas hatten eine unklare Perspektive, Schutzkleidung fehlte in einem dramatischen Maß, auch in der Altenpflege. Beratungsleistungen mussten ad hoc auf Telefon oder Online-Beratung umgestellt werden. Hygiene- und Quarantänepläne mussten erarbeitet werden. Die soziale Infrastruktur war und ist immer noch massiv von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen und ohne Unterstützung in ihrer Existenz bedroht.

Seit Beginn der Krise setzen und setzen wir uns auf allen Ebenen gegenüber politischen Entscheidungsträger\*innen für den Erhalt sowie den Schutz der sozialen Infrastruktur und der sozialen Einrichtungen ein. Mit einigem Erfolg, zuletzt beim Konjunkturpaket der Bundesregierung, das Hilfsmaßnahmen für bedeutende Bereiche der sozialen Arbeit vorsieht und damit die bis dato teils noch unzureichenden Schutzschirme ergänzen soll.

Die Corona-Krise verdeutlicht auf dramatische Weise: die Schwachstellen unserer Gesellschaft und wirft alte Fragen neu auf, was gehört eigentlich zur öffentlich zu gewährleistenden Daseinsvorsorge? Ist Daseinsvorsorge mit der fortschreitenden Privatisierung und Gewinnorientierung z. B. im Gesundheits- und Pflegesektor zu vereinbaren? Wie muss die Arbeitsteilung zwischen Staat, Gewinnwirtschaft und Zivilgesellschaft organisiert sein, um Krisen wie die gegenwärtige zu bewältigen? Bieten wir den Berufsgruppen, auf deren Einsatz wir uns (nicht nur) im Krisenfall verlassen müssen, im Gegenzug akzeptable Arbeitsbedingungen und Bezahlung? Wie weit dürfen Entwicklung und Pflege einer bedarfsorientierten Infrastruktur vom Spiel zwischen Angebot und Nachfrage abhängen?



Professor Dr. Rolf Rosenbrock,  
Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

Die Krise zeigt auch einmal mehr, dass Armut mehr ist als zu wenig Geld zu haben. Mit am Stärksten treffen die Auswirkungen die von Armut betroffenen Menschen. Obdachlose Menschen, für die notwendige Hygienemaßnahmen oder der Rückzug in die eigene Wohnung nicht realisierbar sind. Oder Zuflucht suchende Menschen, die in Lagern an der griechisch-türkischen Grenze unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen festgesetzt und der Ausbreitung der von COVID-19 und anderen Krankheiten schutzlos ausgesetzt sind. Betroffen sind auch Menschen mit Bezug von Grundsicherungsleistungen, die sich zusätzliche Ausgabe für Schutzmasken, Desinfektionsmittel und gestiegene Lebensmittelpreise kaum oder nicht leisten können, weil die Tafeln in den letzten Monaten oft schließen mussten und teilweise noch müssen. Zwar ist der bisher im Konjunkturpaket geplante einmalige Kinderbonus ganz sicher zu begrüßen, der besonders stark von den Einschränkungen betroffene Familien unterstützen und nicht auf Hartz IV angerechnet werden soll. Allerdings erhalten Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen ohne Kinder keine zusätzliche Unterstützung. Zusammen mit Vertreter\*innen anderer Organisationen werden wir uns hier weiterhin aktiv für die Auszahlung coronabedingter Mehrbedarfe für alle Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen einsetzen.

Die Ausgabe unseres Magazins soll einen ersten Einblick vermitteln, wie unsere Mitglieder und sozialen Einrichtungen aus den verschiedenen Bereichen von der Pflege über die Wohnungslosenhilfe bis hin zu Frauenhäusern oder der Behindertenhilfe mit den Folgen und den neuen Rahmenbedingungen infolge der Pandemie umgehen. Wir danken all unseren Mitgliedern sowie Mitarbeiter\*innen und ehrenamtlich Aktiven für ihr oft aufopferungsvolles und hoch kreatives Engagement, mit dem sie sich auch und gerade in einer Zeit mit solch widrigen Umständen für die Unterstützung von hilfebedürftigen Menschen einsetzen. Herzlich, Ihr Rolf Rosenbrock



## Das Virus kennt keine Grenzen: WISMAR RÜCKT ZUSAMMEN UND NÄHT GESICHTSMASKEN FÜR ALLE

„Das Virus kennt keine Religion und keine Hautfarbe und wir schaffen die Krise nur gemeinsam!“ sagt Petra Held, Geschäftsführerin des Vereins Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD) in Wismar. Seit vielen Jahren engagiert sie sich in der Flüchtlingsarbeit und kümmert sich insbesondere in einem Frauentreff um geflüchtete Frauen und ihre Familien. In Zeiten von Corona musste auch der Verein seine ursprüngliche Projektarbeit einstellen. Doch trotz der gebotenen Distanz bringt die Krise die Menschen in der 42.000 Einwohnerstadt zusammen. Wismar näht Gesichtsmasken. Und die Frauen vom IJGD sind mitten drin.

Eine junge Frau sitzt konzentriert an der Nähmaschine. Auf dem Tisch um sie herum liegen viele Stoffe in unterschiedlichen Farben. Aus einem Oberhemd hat die Syrerin sechs Gesichtsmasken genäht. Viele weitere Masken liegen schon zur Abholung bereit und es werden immer mehr. 40 Nähmaschinen besitzt der Verein. Sie stammen aus einer Spendenaktion aus dem Jahr 2015, als viele Menschen den Geflüchteten in der Nähwerkstatt des Frauentreffs helfen wollten. „Nun wollen wir das zurückgeben, was wir vor Jahren bekommen haben“, sagt die junge Syrerin und

zieht den Stoff für die nächste Maske in die Maschine ein. Die Frauen vom IJGD sind Teil einer groß angelegten Initiative in Wismar. Das Netzwerk „Wismar für alle“ hat in der Corona-Krise ein kleines Projekt mit großer Strahlkraft entwickelt: Wismar näht Gesichtsmasken - für die Pflegekräfte und die Bevölkerung Wismars. Und immer mehr Vereine und Privatpersonen schließen sich an.

### Seit dem 8. April wird in Wismar genäht

Weltweit werden wegen der Corona-Pandemie Mund-Nasen-Masken zu Schutz vor dem Virus benötigt. Der Bedarf ist riesig, doch die Lieferungen in benötigter Stückzahl bleiben nach wie vor aus. „Wir haben die Pflegekräfte aber auch die breite Bevölkerung im Blick“, sagt Petra Held. Die Baumwollmasken schützen nicht vor der Ansteckung mit dem Corona-Virus, darauf werde bei der Ausgabe auch hingewiesen. Dennoch: je mehr Menschen die Mund-Nasen-Masken tragen, desto weniger verbreitet sich das Virus in der Stadt, so die Hoffnung. Die Stadt Wismar sammelt die Bedarfe der Stadt und gibt den Auftrag weiter. Am 8. April hat das Netzwerk „Wismar für alle“ den Startschuss gegeben für die große Nähaktion von Stoffmasken. Beteiligt daran sind neben den geflüchteten Frauen aus dem Verein IJGD zum Beispiel auch die Wismarer Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Kindergärten, Kirchengemeinden und viele Privatpersonen.

„Die Frauen und Männer nähen die Masken, die Kirchengemeinden waschen und bügeln sie und Studenten der Hansestadt sowie die Frauen des Seniorenbeirates übernehmen die Verteilung“, berichtet Petra Held. „Es läuft alles Hand in Hand, als ob es nie anders war“, sagt sie. Gute Baumwollstoffe würden aus ganz Wismar zusammengetragen, vom ausrangierten Oberhemd bis zur Bettwäsche. So habe das Filmbüro Wismar aus seiner derzeit ungenutzten Beherbergungsstätte Baumwollbettwäsche gespendet.



„Aus einem Oberhemd kann man sechs Masken nähen, aus der Bettwäsche natürlich viele mehr“, sagt Petra Held. „Wir bringen Leute zusammen, die vorher nie etwas miteinander zu tun hatten oder haben wollten. Das ist so schön.“

#### 4000 Masken in vier Wochen

Die Bedarfe für Masken werden bei der Stadt angemeldet, die Adressen dort gesammelt. Die fertigen Masken werden beim Verein IJGD in einem „toten Briefkasten“ abgegeben, dort abgeholt, gewaschen, gebügelt und schließlich verteilt.

4000 Masken in verschiedenen Größen wurden innerhalb von vier Wochen genäht. Etwa 60 Frauen und Männer aller Nationen sind an der Aktion in Wismar beteiligt. Genäht wird im Seminarraum des Vereins unter den geltenden Hygienevorschriften oder auch zuhause. „Unser Seminarraum steht von Montag bis Freitag von 12 bis 16 Uhr zur Verfügung“, berichtet Petra Held. Hier werden auch Spendenstoffe entgegengenommen. Tina Borgwarth koordiniert die Stoffabnahme und Näharbeiten vor Ort. „Sie motiviert alle mit einem herzlichen Lächeln“, schwärmt die Geschäftsführerin von ihrer Mitarbeiterin „und hilft ganz nebenbei

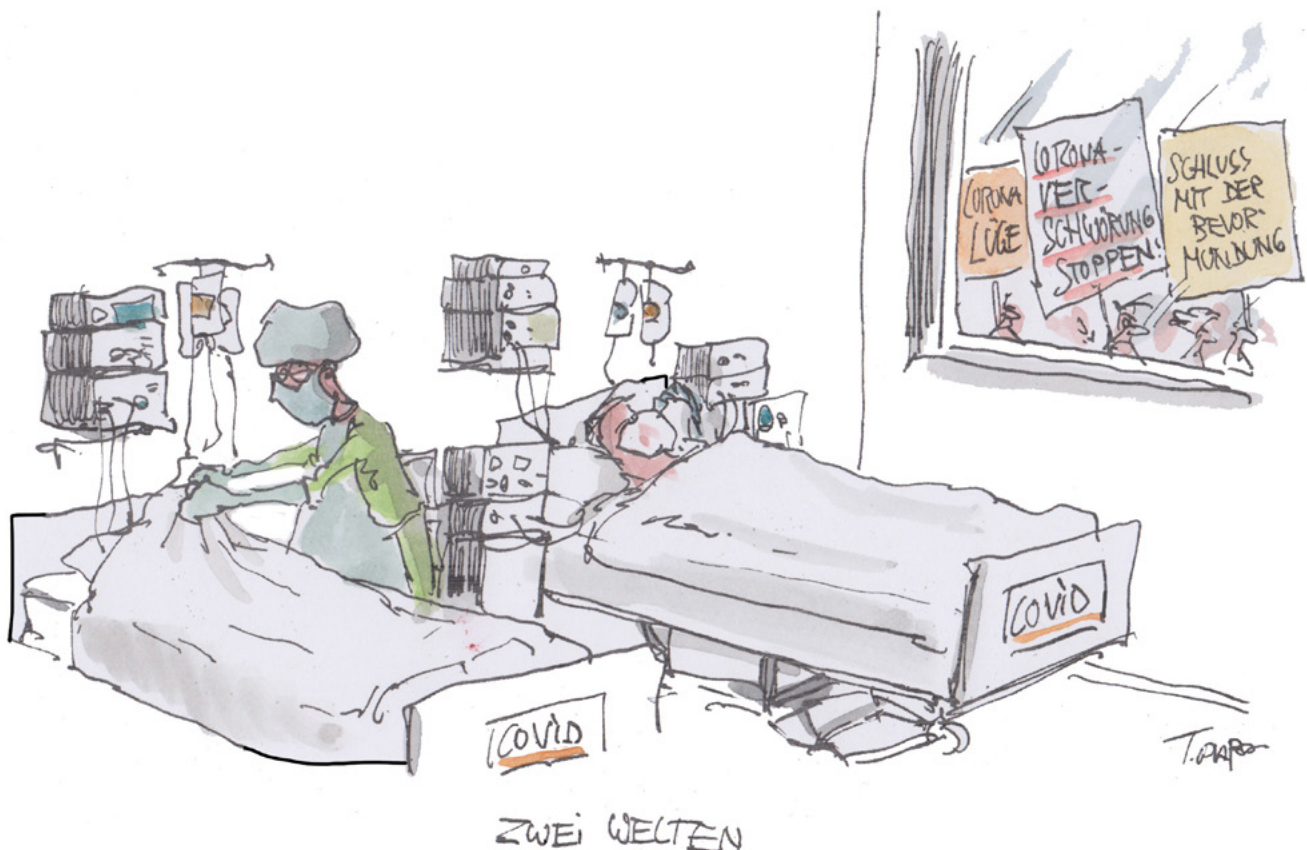


bei der Lösung von Problemen. Sie ist für alle ein Schatz.“ Verteilt wurden die Masken bislang an Pflegedienste, Altenheime, Apotheken, Bibliotheken, die Tafel, Ämter, Frisöre, Einzelhandel, an Einrichtungen für Geflüchtete, sowie in kleineren Größen auch an Schulen. „Im Moment ist die Nachfrage nach Masken noch da und wir entscheiden Woche für Woche, wie lange wir die Aktion noch weiter führen“, sagt Petra Held.

Allen Anfragen könne man zurzeit gerecht werden. „Schön ist bei der Aktion auch, dass alle Beteiligten auf Augenhöhe arbeiten und alle Gleiche unter Gleichen sind. Nation und Religion spielen keine Rolle.“

Einen Wermutstropfen hat die Sache für den Verein aber doch: Bis Ende vergangenen Jahres wurde ihre Arbeit mit den geflüchteten Frauen aus [Bundesmitteln](#) für Ehrenamtsprojekte unterstützt. Eine weitere Projektförderung wurde vom Bund abgelehnt. Ob es nach der Nähaktion mit dem für die Integration der Geflüchteten in dem so wichtigen Frauentreff weitergeht, weiß Petra Held nicht.

**Stefanie Böskens ist  
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Migration  
beim Paritätischen Mecklenburg-Vorpommern**



## WENN PARITÄTISCHE MIGRATIONSBERATUNGSSTELLEN UND RATSUCHENDE „MBEONLINE“ GEHEN

Seit des coronabedingten „Lockdowns“ erfährt die Migrationssozialarbeit im Paritätischen einen sichtbaren, digitalen Wandel. Mit den sukzessiv eingeleiteten Kontaktbeschränkungen der Bundesländer Mitte März 2020 mussten die Migrationsberatungsstellen im Paritätischen Wohlfahrtsverband die Beratungspraxis umstellen. Konkret bedeutete dies für die Migrationsberater\*innen, soweit möglich auf die Präsenzberatung zu verzichten und auf andere Kommunikationskanäle zu wechseln.

Die sehr kurzfristige und erforderliche Umstellung auf die neue Situation kann eine Erhebung des Paritätischen Gesamtverbandes im Mai 2020 zu den Auswirkungen von Covid-19 auf die Beratungsarbeit der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) belegen. Die Ergebnisse der Erhebung verdeutlichen zum einen, dass alle MBE-Stellen trotz der sehr schwierigen Bedingungen die Beratung sicherstellen konnten. Zum anderen wurde der Schwerpunkt von der Face-to-Face-Beratung auf Beratungskanäle wie Telefon, E-Mail sowie Onlineberatung über verschiedene Messengerdienste verlagert.

Ein besonderes Augenmerk möchten wir in diesem Artikel auf den Messengerdienst mbeon legen, der mit und seit der Schließung vieler Beratungsstellen eine hohe Nachfrage erlebt.

Innerhalb von drei Monaten stieg die Beteiligung der Beraterkräfte an mbeon um etwa das Vierfache an. Aktuell sind etwa 56% aller Paritätischen MBE-Berater\*innen bundesweit in der MBE-Onlineberatung unterwegs.

Mbeon ist eine computergestützte und internetbasierte MBE-Online-Informations- und Beratungsplattform, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gefördert und vom Bund der Vertriebenen (BdV), Deutschen Roten Kreuz (DRK) und Paritätischen Wohlfahrtsverband (Parität) im Rahmen der seit dem 01.01.2020 bestehenden MBE-Serviceestelle umgesetzt wird. mbeon stellt ergänzend zur gewöhnlichen Präsenzberatung der MBE eine anonyme, kostenlose, mehrsprachige (in 25 Sprachen) und datenschutzsichere Möglichkeit der Hilfesuche für zugewanderte Personen dar. Für die Nutzung von mbeon lädt sich die ratsuchende Person die App mbeon entweder über iOS oder Android herunter. Bei der Anmeldung erscheint eine Liste aller in der Nähe befindlichen Beratungsstellen, woraus die passende Beratungskraft ausgewählt und angeschrieben werden kann. Auf der Seite der Beratungskraft läuft der Chat über den PC. Dafür muss sie registriert sein und ein Profil mit Angaben zu Name, Standort, Sprachen und Themenschwerpunkten anlegen.

An mbeon sind die hohen Standards zur Einhaltung des Datenschutzes hervorzuheben. Die Nachrichten und sensiblen Dokumente werden über einen vertraulichen und geschützten Kanal



versendet. Zudem befindet sich der Server anders als bei anderen Messengeranbietern in Deutschland.

Trotz anfänglicher Berührungängste mit einem Onlinetool können wir feststellen, dass sich die Berater\*innen schnell in die Onlineberatungsstruktur einarbeiten konnten und die Vorzüge der Beratung über mbeon zu schätzen lernten. Die Hinführung zu mbeon konnte u.a. mithilfe der intensivierte fachlichen Begleitung durch die Fachreferentinnen im Verband sowie der begleitenden Onlineschulungen des DRK gewährleistet werden.

Auch die Vernetzung der mbeon-Berater\*innen im Rahmen eines internen Bereichs zum Fachaustausch erleichterte den Einstieg in die Online-Beratung.

Eine kritische Beobachtung und Einschätzung von digitalen Kommunikationskanälen in der Migrationsberatung sollte nicht zuletzt wegen des veränderten Beratungssettings und der damit einhergehenden Herausforderungen berechtigt sein. Wir sollten aber in Zeiten einer digitalen Wende, der wir uns spätestens mit dem Covid-19-bedingten Shutdown nicht mehr verschließen können, auch das Entwicklungspotenzial und die Chancen solcher Onlineplattformen erkennen. Wichtig wäre aus Fachsicht, dass die Einrichtungen der sozialen Arbeit und der Paritätische in einem offenen und transparenten Diskurs stehen sollten, um Chancen und Perspektiven auszuloten.

In der Annahme, dass mbeon auch noch nach der gänzlichen Aufhebung der Kontaktbeschränkungen weiterhin genutzt werden wird, benötigen Beraterkräfte neben einer ausreichenden technischen Ausstattung – dafür sollten Mittel zur Verfügung gestellt werden - den fachlichen Austausch und die stetige Weiterbildung. Eine breit angelegte und zielgenaue Qualifizierungsoffensive wäre daher eine nachhaltige und sinnvolle Investition für die Fachkräfte der Migrationsfachdienste und somit auch der Wohlfahrtsverbände.

Die Teilnahme des Paritätischen am mbeon-Projekt hat nicht zuletzt deutlich gemacht, dass mithilfe dieser ergänzenden Austauschmöglichkeit viele Berater\*innen für Hilfesuchende aus gesundheitsbedingten Risikogruppen, besonders Schutzbedürftige wie Geflüchtete und von häuslicher Gewalt betroffene erreichbar waren.

**Evîn Kofli und Janina Granfar sind Referentinnen für Migrationssozialarbeit beim Paritätischen Gesamtverband.**

Weitere Informationen zu mbeon finden Sie unter [www.mbeon.de](http://www.mbeon.de)



## Corona und der globale Süden

# EINE BESONDERE HERAUSFORDERUNG

**In den deutschen Medien ist gegenwärtig vergleichsweise wenig über das Ausmaß der Corona-Pandemie in den Ländern des globalen Südens zu vernehmen. Nur punktuell werden Schlaglichter z.B. auf die Situation der Wanderarbeitnehmer\*innen in Indien oder auf erste Corona-Ansteckungen in den Flüchtlingscamps von Cox Bazar in Bangladesch, geworfen.**

Mit Blick auf den afrikanischen Kontinent ist unter Wissenschaftler\*innen aktuell auch noch umstritten, wie stark die einzelnen Länder von der Pandemie betroffen werden könnten. Auf der einen Seite wird argumentiert, dass aufgrund der Erfahrungen vieler afrikanischer Länder in der Bekämpfung von Infektionskrankheiten, wie z.B. bei der Bekämpfung des Ebola-Virus, und der relativ jungen Bevölkerung, eine Ausbreitung gut eingedämmt werden könne. Andere Expert\*innen weisen darauf hin, dass gerade in Staaten, in denen die Gesundheitssysteme, z.B. durch kriegerische Handlungen, stark geschwächt sind, die Auswirkungen der Corona-Pandemie folgenschwer sein könnten. Hier fehle es in einigen Ländern bereits jetzt an dem Nötigsten; an Medikamenten, medizinischen Geräten und Personal, ganz abgesehen von Schutzmasken und -kleidung. Eine schlechte medizinische Versorgung könne dazu führen, dass schwere Krankheitsverläufe häufiger tödlich enden werden.

### Kaum Tests möglich

Zurzeit werden zwar steigende, aber noch relativ geringe Infektionszahlen aus afrikanischen Staaten gemeldet. Expert\*innen weisen in dem Zusammenhang jedoch auf die Möglichkeit hoher Dunkelziffern hin, die auf einen Mangel an Testmöglichkeiten und Laborkapazitäten zurückgeführt werden könnten.

Zudem zeigt sich, dass die betroffenen

Länder aufgrund der Corona-Pandemie nicht nur mit medizinischen Herausforderungen zu kämpfen haben, sondern sich auch umfassende gesellschaftliche Krise abzeichnen können.

In Ostafrika z.B. treffen aktuell mehrere Gemengelagen zusammen: Neben verschiedenen Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen, sind viele Länder am Horn von Afrika von einer Heuschreckenplage betroffen. Diese hat bereits zu Beginn des Jahres dazu geführt, dass viele Ernten vernichtet wurden und somit vielen Familien die Lebensgrundlage genommen wurde. Für Mitte des Jahres wird nun eine zweite Welle der Heuschreckenplage prognostiziert. Da aufgrund der Corona-Pandemie in vielen Ländern strikte Maßnahmen eingeführt wurden, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, werden die Bemühungen bei der Bekämpfung der Heuschreckenplage und ihrer Konsequenzen erschwert: Wegen Versammlungsverboten und Schulschließungen können z.B. Hilfsgüter nur unter sehr erschwerten Bedingungen verteilt werden und Schulspeisungen müssen entfallen, Ausgangssperren verhindern die aktive Bekämpfung der Heuschreckenplage und Grenzsicherungen führen zu Importschwierigkeiten von Schädlingsbekämpfungsmitteln. Fazit: Die Corona-Pandemie verschlimmert die Heuschreckenplage sowie die daraus resultierenden Folgen.

Expert\*innen warnen vor einer großen Hungernot, die Millionen von Menschen auf dem afrikanischen Kontinent treffen könnte.

### Erfolge nicht Zunichte machen

Auch der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) warnt neben den kurzfristigen Auswirkungen durch die Pandemie auch vor den langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Folgen in den fragilen und ärmeren Ländern des globalen Südens. Erfolge und Fortschritte zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele z.B. im Bereich der Armut- und Hungerbekämpfung, könnten hier innerhalb von kurzer Zeit zunichte gemacht werden. Umso wichtiger ist es die weltweiten Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht aus dem Blick zu verlieren. Deutschland muss hier seiner internationalen Verantwortung nachkommen. Ein wichtiger Schritt ist dabei, dass im Konjunkturpaket der Bundesregierung zusätzliche Finanzmittel zur weltweiten Bekämpfung der Pandemie als auch zur Ausweitung der Humanitären Hilfe und gesundheitlichen Vorsorge in Aussicht gestellt werden.

**Marta Bociek ist Referentin für Humanitäre Auslandshilfe und Internationale Kooperation beim Paritätischen Gesamtverband**



# SCHLECHTE ZEITEN FÜR DIE TRANSNATIONALE LEBENSWIRKLICHKEIT: DIE NATIONALISTISCHE DIMENSION DES VIRUS

**Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung lassen gesellschaftliche Exklusionsstrukturen, Ausbeutungsverhältnisse und rechtliche Diskriminierungen bestimmter Bevölkerungsgruppen aufgrund sozialem Status, Staatsangehörigkeit oder Geschlechtszugehörigkeit schonungslos zutage treten. In besonderem Maße sind davon Migrant\*innen – genauer gesagt: Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit – betroffen. Kurz: Nichtdeutsche Staatsangehörige, erst recht diejenigen mit prekärem aufenthaltsrechtlichem und sozioökonomischen Status, sind auf unterschiedlichen Ebenen die mit am stärksten betroffenen Opfer der Corona-Pandemie.**

Auch im Bereich der Unterbringung geflüchteter Menschen zeigen sich in der Corona-Pandemie die fatalen Auswirkungen gesetzlicher Maßnahmen, die schon lange vorher eingeführt worden sind: Die Verpflichtung zum Leben in großen Sammelunterkünften („AnKER-Zentren“, Zentrale Unterbringungseinrichtungen usw.) ist durch mehrere Gesetzesänderungen sukzessive massiv ausgeweitet worden. Zuletzt ist durch das „Geordnete Rückkehr Gesetz“ die Pflicht zum Leben im Lager für Asylsuchende und abgelehnte Asylantragstellende auf bis zu 24 Monate verlängert worden, für einige Gruppen sogar unbefristet. Nur Familien mit minderjährigen Kindern müssen spätestens nach sechs Monaten in eine Kommune zugewiesen werden – wo sie indes auch oftmals in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen. Die Lagerunterbringung in isolierten Massenunterkünften ist also ein Instrument der gezielten gesellschaftlichen und sozio-ökonomischen Exklusion. Besonders dramatisch wirkt sich dies schon zu „normalen Zeiten“ insbesondere auf Kinder und andere besonders schutzbedürftige Gruppen aus: Der Besuch einer Schule wird monatelang verhindert, der Zugang zu ärztlichen oder psychotherapeutischen Angeboten ist eingeschränkt, Rechtsanwält\*innen können kaum in Anspruch genommen werden und die notwendige Förderung aufgrund einer Behinderung oder schweren Erkrankung sind kaum zugänglich.

In Corona-Zeiten stellen sich die Massenunterkünfte – wenig überraschend – als besonders anfällig für Infektionen heraus. In Gemeinschaftsbädern, Mehrbettzimmern, beengten Wohnverhältnissen und suboptimalen Hygienestandards hat das Virus leichtes Spiel. Eine bislang unveröffentlichte Studie der Universität

Bielefeld kommt zu dem Ergebnis, dass das Infektionsrisiko in den untersuchten Einrichtungen vergleichbar hoch oder sogar höher sei als auf Kreuzfahrtschiffen. Statt jedoch vom Konzept der zwangsweisen Massenunterbringung abzurücken und Geflüchtete durch dezentrale Unterbringung nicht nur die Möglichkeit zu geben, Infektionsschutzmaßnahmen einzuhalten, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, riegeln die Behörden stattdessen ganze Unterkünfte durch die Polizei ab und stellen hunderte Menschen unter Quarantäne.

Der Flüchtlingsrat Bayern hat mittlerweile Strafanzeige gegen das bayerische Innenministerium wegen Verletzung der Infektionsschutzvorgaben gestellt. Mehrere Gerichte haben zwischenzeitlich die Entlassung einzelner Bewohner\*innen aus den Massenunterkünften angeordnet, da die Präventionsmaßnahmen nicht eingehalten werden können. Das diskriminierende und im Kern autoritäre Konzept der zwangsweisen Lagerunterbringung, das das Bundesinnenministerium und viele Landesregierungen aus ideologischen Gründen verfolgen, steht indes nicht grundsätzlich zur Debatte.

**Stichwort: Sozialleistungsausschlüsse**

Die Kolleg\*innen in der Flüchtlings-, Migrations- und sonstigen sozialen Beratung erfahren es täglich: Das bundesdeutsche Sozialsystem differenziert stark nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus. Je nach Aufenthaltsstatus erhalten nicht-deutsche Staatsangehörige geringere soziale Leistungen oder sind von bestimmten Leistungen vollständig ausgeschlossen. Der deutsche Sozialstaat macht den Anspruch auf bestimmte Leistungen von der nationalen Zugehörigkeit abhängig – ein Konzept, das in Zeiten transnationaler Lebenswirklichkeit in einem grenzenlosen Europa und einer globalisierten Welt ohnehin einigermaßen anachronistisch anmutet. In Corona-Zeiten geht dieser „Nationalvorbehalt des Sozialstaats“ im Wortsinne an die Existenz bestimmter nicht-deutscher Staatsangehöriger. Ein paar Beispiele:

- Asylsuchende und Menschen mit einer Duldung haben in den ersten 18 Monaten nur einen Anspruch auf reduzierte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Seit 2016 sind darin zum Beispiel die (auch bei Hartz IV schon lächerlich geringen) Bedarfsanteile für die Anschaffung von Computern gestrichen worden, die nun zu Zeiten von E-Learning und virtuellen Behördenkontakten umso notwendiger wären.
- In mittlerweile 22 Konstellationen sieht das Asylbewerberleistungsgesetz Kürzungen aus ausländerrechtlichen Gründen vor, nach denen nur noch Anspruch auf gut 190 Euro Regelsatz besteht. Es handelt sich dabei um Sanktionen, die einer Kürzung um weit mehr als 50 Prozent gegenüber dem üblichen Hartz-IV-Regelsatz entsprechen. Das menschenwürdige Existenzminimum ist damit zwar nicht annähernd gesichert, die Kürzungen werden aber weiterhin verhängt – trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus November 2019, in dem Sanktionen von über 30 Prozent bei Hartz-IV-Bezug untersagt worden sind.
- Seit 2019 werden im AsylbLG allein stehende Personen in Gemeinschaftsunterkünften wie Partner\*innen betrachtet und erhalten nur noch Regelbedarfsstufe 2 – obwohl sie allein einkaufen und wirtschaften. Die Begründung des Bundesarbeitsministeriums: Es handele sich um eine „Schicksalsgemeinschaft“ – und dies rechtfertige diese sozialrechtliche Zwangsverpart-



- | nerung. Bei dieser Regelung handelt es sich nicht nur um eine gravierende Schlechterstellung gegenüber deutschen Personen, die in einer Gemeinschaftsunterkunft (z. B. einer Wohnungsloseneinrichtung) leben. Es liegt zudem auf der Hand, dass erst Recht in Corona-Zeiten ein gemeinsames Wirtschaften und Haushalten einander fremder Personen eindeutig in Widerspruch zu allen Abstandsempfehlungen steht.
  - | Geflüchtete, die über einen Schutzstatus in einem anderen EU-Staat verfügen, aber wegen der elenden Lebensbedingungen z. B. in Italien oder Griechenland nach Deutschland gereist sind, haben seit dem letzten Jahr in bestimmten Fällen gar keinen Anspruch mehr auf reguläre Sozialhilfeleistungen nach dem AsylbLG. Sie sollen durch Entzug jeglicher Sozialhilfe dazu gezwungen werden, auszureisen. Dies lässt sich mit einiger Berechtigung als „Aushungern“ bezeichnen.
  - | Auch EU-Bürger\*innen, die nicht erwerbstätig sind, haben in bestimmten Fällen keinen Anspruch auf reguläre Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern. Diese Leistungsausschlüsse führen schon zu normalen Zeiten für die Betroffenen zu Wohnungslosigkeit, absoluter Armut, Kindeswohlgefährdung, Ausbeutbarkeit, Rechtlosigkeit und Verelendung. Die Neue Richtervereinigung hatte die Sozialleistungsausschlüsse bei deren Einführung im Jahr 2016 mit scharfen Worten kritisiert: „Die Regelung legt Axt an das Fundament unserer Verfassungs- und Gesellschaftsordnung. Nach dem einleuchtenden Verständnis des Bundesverfassungsgerichts wurzeln existenzsichernde Leistungen unmittelbar in der Menschenwürde. Bisher galt, dass jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft dasselbe Recht auf ein Leben in Würde in sich trägt. Die Neuregelung ersetzt diese tragende Prinzip durch sozialrechtliche Apartheid. Die Folgen für die deutsche Gesellschaft sind unabsehbar.“
- In Corona-Zeiten wirkt sich der Sozialleistungsausschluss naturgemäß noch weit gravierender aus als bereits in normalen Zeiten. Das Sozialgericht Düsseldorf hat aus diesem Grund in einer auch auf Spiegel-online kommentierten Entscheidung vom 14. April 2020 die Verweigerung von Leistungen durch das Jobcenter Wuppertal mit klaren Worten kritisiert: Es sei dem Gericht „gerade in der derzeitigen Extremsituation aufgrund der Pandemiesituation völlig unverständlich“, wie das Jobcenter die Leistung verweigern konnte. „Einem ausländischen Obdachlosen, der wegen geschlossener Grenzen in Europa derzeit auch nicht in sein Heimatland zurückreisen kann, um gegebenenfalls dort Sozialleistungen zu beantragen, ist nach Auffassung des Gerichts nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts auch hier von deutschen Behörden ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewähren, das sein Überleben in dieser Zeit sichert, zumal aufgrund der Einschränkungen des öffentlichen Lebens es derzeit für Obdachlose mehr als schwierig sein dürfte, auf der Straße Leistungen gegebenenfalls zu erbetteln.“

**Claudius Voigt ist Vorstandmitglied der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e. V. in Münster**

### WEITERLESEN

Den vollständigen Text finden Sie in unserem Blog auf [www.wir-sind-paritaet.de](http://www.wir-sind-paritaet.de)

### NEU ERSCHEINEN

#### EMPOWERMENTARBEIT MIT GEFLÜCHTETEN FRAUEN. BEDARFE, PRAXISANSÄTZE UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Zahlreiche Paritätische Mitgliedsorganisationen sind mit ihrer Arbeit zu wichtigen Anlaufstellen für geflüchtete Frauen geworden. Dazu zählen u.a. Fachberatungsstellen für gewaltbetroffene Frauen, psychosoziale Zentren und Frauenhäuser genauso wie Bildungseinrichtungen und Familien- und Gesundheitszentren.

Die Publikation ist auf Grundlage der jahrelangen fachlichen Expertise und Praxiserfahrungen des Paritätischen und seiner Mitgliedsorganisationen sowie der Perspektiven und Rückmeldungen geflüchteter Frauen entstanden. Ausgehend von einem Überblick über die Lebensbedingungen und aktuellen Herausforderungen im Aufnahme- und Integrationsprozess in Deutschland, zeigt sie konkrete Bedarfe geflüchteter Frauen auf und stellt diesbezüglich gelungene Praxisansätze aus der Unterstützungsarbeit mit geflüchteten Frauen vor. Daraus werden zentrale Erkenntnisse abgeleitet und als praktische Tipps und Impulse in Form von Handlungsempfehlungen für die (weitere) Arbeit mit geflüchteten Frauen gegeben. Im Zentrum steht dabei immer die Frage, wie geflüchtete Frauen am besten unterstützt und gestärkt werden können, welche Haltung seitens Sozialer Arbeit dafür wichtig ist, welche Zugänge, Ansätze und Formate sich für die verschiedenen Bedarfe der Unterstützung eignen und welche Möglichkeiten es gibt, auf Herausforderungen im Rahmen dieser Arbeit zu reagieren.

Die Publikation richtet sich somit in erster Linie an Fachkräfte und Engagierte vor Ort, die Angebote für geflüchtete Frauen durchführen (wollen) sowie an die interessierte Fachöffentlichkeit.

Die Broschüre „Empowermentarbeit mit geflüchteten Frauen. Bedarfe, Praxisansätze und Handlungsempfehlungen“ steht zur Verfügung unter:  
<https://www.der-paritaetische.de/publikationen/>





# KEIN PLATZ ZUM SEIN

**Während viele wegen des Shutdowns zuhause blieben, hatten andere kein Zuhause, wo sie hinkonnten. Was sollten die Obdachlosen machen? Nach und nach zeigten sich die Auswirkungen der Coronamaßnahmen auf Wohnungslose. Die Tageseinrichtungen mussten schließen. Es galt einen Versorgungsnotstand zu verhindern. Lösungen wie das Hygienezentrum in Dortmund wurden notbedingt eingerichtet.**

Christian empfängt uns hinterm Zaun. Abgerissene Hose, dreieckige Outdoor-Jacke, die vordere Zahnreihe fehlt. Ein Lächeln steht trotzdem in seinem Gesicht: „Wegen unserer Freundin ist alles komisch geworden“, witzelt der Obdachlose. Er meint das Coronavirus. Wegen Corona muss Christian heute im Hygienezentrum an der Leuthardstraße in Dortmund duschen gehen, seine sonstigen Einrichtungen haben geschlossen.

### Kein Absatz für das Straßenmagazin

„Irgendwann war alles weg“, erinnert sich Bastian, Redakteur beim Straßenmagazin Bodo, an die Anfänge des Shutdowns. Die Trinkwasserbrunnen und somit die Wasserversorgung für viele wurde ausgeschaltet. Verlassene Innenstädte boten wenig Chancen für einen Absatz des Straßenmagazins. Tageseinrichtungen mussten schließen. Nach und nach wurden die Auswirkungen der Pandemiestrategien auf die geschätzten? 1400 Wohnungslosen in Dortmund deutlich. „Wir gingen zuerst mit einem alten Post-

wagen raus und verteilten Essen und Wasserflaschen“, berichtet der Redakteur.

Nach langen Verhandlungen mit der Stadt, entwickelten Organisationen Ende März einen Notfallplan, um gemeinsam die Essensversorgung sicherzustellen. Jetzt findet die Essensausgabe draußen statt. „Alles ging, nur duschen ging nicht“, so Bastian. Die Hilfseinrichtungen mussten auf die drohende Versorgungsnotlage schnell reagieren. „Wir brauchten sehr schnell Lösungen“, erinnert sich Bastian. Christian wäscht sich seitdem auch im Kanal – eine Ordnungswidrigkeit.

### „Wer will alles duschen?“

Vom Eingang geht es eine Treppe hinunter, dahinter liegt ein großer Raum mit Wartestühlen und Ausgabetischen. Eine Frau von einer Reinigungsfirma kommt durch den schmalen, hinteren Gang und ruft: „Wer will alles duschen?“, sie zählt fünf Männer ab, „der Kollege zeigt euch, wo ihr hinmüsst“, erklärt sie. „Wir haben das meiste hier aus dem Boden gestampft“, erinnert sich Bastian. Unter dem Dach des Paritätischen Dortmund hat Bodo, koordiniert durch das Gast-Haus und in Zusammenarbeit mit dem Wärmebus-Team und der Diakonie, Mitte April das Hygienezentrum in der Leuthardstraße in Betrieb genommen. Die ehemalige Flüchtlingsunterkunft hat den großen Vorteil, dass man vorne rein und hinter den Waschräumen wieder herausgehen kann. Dieses Schleusenformat entspreche den jetzigen Hygienevorschriften, weiß Bastian. Die regulären Einrichtungen gaben weder Möglichkeiten für Einbahnwege, noch für Abstände her. „In der Nacht dürfen sie in den Notschlafstellen rumhängen, aber am Tag nicht mehr in die Tageseinrichtungen“ sagt Bastian, ein Widerspruch, der nicht nachvollziehbar sei.

Christian, der draußen in der Schlange warten musste, kommt die Treppen herunter und geht zum Kleidungsausgabebereich. Darauf ist ein Zettel mit Bildern von verschiedenen Klamotten geklebt, hinzu kommt die Bezeichnung, damit bei Unkenntnis der deutschen oder der Schriftsprache auch einfach auf die Abbildun-



gen gezeigt werden kann. „Ich wechsle heute meine Garnitur“, gibt Christian preis. Wenn die Klamotten so spannen, rissen sie in die Haut, die sich dann entzündet, erklärt er. Seit drei Tagen trage der Obdachlose seine jetzigen Klamotten.

„Willst du einen Pullover?“, fragt ihn André von der anderen Tischseite. André (im Bild auf der vorherigen Seite bei der Kleidungsangabe) arbeitet als Semesterpraktikant im Hygienezentrum mit. Als die Strukturen weggebrochen sind, fielen auch Ehrenamtliche aus. Der Student hält einen Pullover hoch, auf der einen Seite ist Superman, auf der anderen Batman abgebildet. „Ne, hast du eine Jacke?“, fragt Christian. Den Pullover könne er wegen der Stiche und Splitter nicht „rüberziehen“. Im Freien zieht man sich einige Blessuren zu, zuletzt habe er in seiner selbstgebauten Hütte Wespen gehabt.

### Weniger Frauen im Zentrum

Christian lebt seit 15 Jahren auf der Straße, nach einem Türkeiaufenthalt mit der Freundin sei auf einmal die Wohnung weg gewesen, die Freundin und er wurden obdachlos. Sie fand einen neuen Mann, mit Wohnung. Bezeichnend: Ein Blick in den Raum des Hygienezentrums zeigt: An diesem Mittag duschen nur Männer, obwohl vier von den neun Duschen Frauen vorzuziehen sind. Das weibliche Geschlecht ist weniger direkt auf der Straße.

André kommt mir einer Kapuzenjacke aus dem Hinterraum. „Normalerweise habe ich jeden Tag was Frisches, aber das geht

jetzt nicht mehr“, sagt Christian. Die Situation sei hart: „Bald bauen sie Zäune auf, damit wir nicht mehr reinkommen“ sagt er und meint, dass man die Wohnungslosen von der restlichen Gesellschaft absperren wollte. Der Satz zeigt, was der Obdachlose wohl fühlt: Ausgeschlossenheit gehört zum Straßenleben dazu. Jetzt ist es noch schlimmer: In den Tageseinrichtungen dürfen sie nicht mehr sein und auf der Straße dürfen sie sich nicht mehr treffen. Wo sollen sie hin? „Viele haben Ordnungsstrafen bekommen, wegen des Versammlungsverbots“, weiß Redakteur Bastian. Rund 230 Euro – 230 Euro mehr, als man hat. Das Schlimmste: dass mit den Tageseinrichtungen ein Ruheort weggefallen sei, sowie ihre Tagesstruktur. Denn trotz Straßenleben würden einige in regulären Abläufen Halt finden. Viele dächten jetzt an ihre Familien, zu denen sie nicht mehr gehören.

Neben André steht ein großer Korb mit Duschgel, Shampoo, Einmalrasierern. Christian hat alles, was er braucht und geht zu den Waschräumen. Wir folgen dem Gang in Richtung Ausgang an einem Berg mit Mülltüten voller abgetragener Kleidung entlang. Christian will seine getragenen Klamotten behalten, er wird sie nicht wegwerfen. Der Obdachlose braucht sie für die Dämmung seiner Hütte.

Draußen regnet es in Strömen. „Wir brauchen noch ein Zelt für die Essensangabe“, sagt Bastian besorgt. Heute werden wohl sehr viele nass.

Annabell Fugmann

### MAINZ

#### HOTEL STATT NOTUNTERKUNFT

Nachdem das Hotel „INNdependence“ in Mainz wegen der Reisebeschränkung für den normalen Betrieb geschlossen wurde, öffnete es für insgesamt 27 Wohnungslose seine Pforten.

Das Hotel ist ein Inklusionsbetrieb der Gesellschaft für psychosoziale Einrichtungen (gpe). Eine Win-Win-Situation: Durch die Maßnahme konnten viele Mitarbeiter aus der Kurzarbeit geholt werden. Wohnungslose gehören wegen ihrer Vorerkrankungen zur Corona-Risikogruppe. So hatten auch die neuen Bewohner\*innen im Hotel mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen. Jeder von den neuen Gästen erhielt darum einen Paten, der beim Einkaufen und in anderen Alltagsdingen unterstützte.

Als die Hotels wieder öffnen durften, sind die Wohnungslosen wieder ausgezogen, wobei eine Übergangszeit gewährleistet wurde. Trotzdem: Alle seien sich einig gewesen, dass es eine tolle Erfahrung war und die Maßnahmen hätten für die neuen Bewohner\*innen viel Stabilisierung gebracht – heißt es von Seiten der gpe.

Weitere Infos unter [www.gpe-mainz.de](http://www.gpe-mainz.de)



Bastian ist Redakteur des Straßenmagazins Bodo.



Christian lebt seit 15 Jahren auf der Straße.

# DREI FRAGEN AN WERENA ROSENKE, BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT WOHNUNGSLOSENHILFE E.V.

Für wohnungs- und obdachlose Menschen erschwert die Corona-Pandemie ihren sowieso schon extrem schwierigen Alltag noch einmal. Übernachtungsmöglichkeiten und andere Hilfsangebote schließen und im öffentlichen Raum werden sie mit noch mehr Skepsis betrachtet als sowieso schon.

Wir sprachen mit Werena Rosenke. Sie ist seit 2018 Geschäftsführerin der BAG W, der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe mit Sitz in Berlin, über die aktuelle Situation und was man jetzt tun kann.

**Frau Rosenke, wir alle sind angehalten, jetzt mehr daheim zu bleiben. Aber was machen Menschen, die keine Wohnung haben?**

Menschen ohne Wohnung sind darauf angewiesen, sich im öffentlichen Raum, in Notunterkünften oder Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe aufzuhalten. Aber dort sind die Bedingungen nicht so, dass Abstandsregeln, Hygienemaßnahmen etc. eingehalten werden können.

In ordnungsrechtlicher Unterbringung und in Notübernachtungen sind wohnungslose Menschen i. d. R. in Mehrbettzimmern untergebracht. Zwar gibt es Bemühung einzelner Kommunen, die Belegungssituation in den Unterbringungen zu entzerren, dieser Prozess ist aber bislang nicht flächendeckend in Gang gekommen. In einzelnen Bundesländern ist ein Aufnahmestopp für stationäre Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe verhängt worden. Wohnungslosen Menschen bleibt nun häufig nur noch ein Unterkommen in den bereits zu dicht belegten kommunalen Notunterkünften. Beratungsstellen mussten vielerorts ihr Angebot umstellen: Die Beratungskontakte können oft nur telefonisch oder online erfolgen. Das Fehlen des direkten Kontakts wird auf Dauer nicht gut gehen. Die Menschen benötigen die persönliche Beratung und Begleitung. Das Fehlen dieser Kontakte wird zu weiteren psychischen und physischen Belastungen der wohnungslosen Menschen führen.

Niedrigschwellige Angebote wie Tagerstreffs, Mittagstische etc. waren im März, April und Mai zum Teil geschlossen oder konnten nur sehr reduziert Hilfe und Unterstützung anbieten. Das galt auch für die medizinischen Versorgungsangebote. Auf diese Angebote sind wohnungslose Menschen aber existenziell angewiesen.

Wir sehen also: Corona-Schutzmaßnahmen sind mit den Lebensumständen wohnungsloser Menschen kaum vereinbar. Besonders fatal ist: Wohnungslose Menschen sind eine gesundheitlich hoch belastete Bevölkerungsgruppe. Sie leiden häufiger als die Mehrheitsbevölkerung unter Mehrfacherkrankungen. Viele wohnungslose Menschen gehören also zur Corona-Risikogruppe, haben aber keine Chance Schutz durch den Rückzug in die eigene Wohnung zu finden.

**Welche Probleme haben obdachlose Menschen darüber hinaus besonders in Corona-Zeiten?**



Wichtige Einnahmequellen für wohnungslose Menschen sind versiegt: Das Sammeln von Pfandflaschen, der Verkauf von Straßenzeitungen und auch das Betteln waren in leergefegten öffentlichen Räumen kaum mehr möglich.

Viele wohnungslose Menschen haben auch in normalen Zeiten Probleme mit der Bürokratie. Auch diese Probleme haben sich verstärkt: Wegen Behördenschließungen haben Betroffene Schwierigkeiten ihren ALG II-Tagessatz zu erhalten oder dringend benötigte Ausweisungspapiere zu beantragen, die aber wiederum Voraussetzung zur Beantragung von Sozialleistungen sind.

Ein weiteres Problem sind die fehlenden Corona-Testungen für Klientinnen und Klienten und für Mitarbeitende der Einrichtungen. Häufigere Testungen wären für die wohnungslosen Menschen und die Mitarbeitenden von Gemeinschaftsunterkünften eine wichtige Maßnahme, um einen frühzeitigen Infektionsschutz organisieren zu können.

**Auf der anderen Seite gibt es die teilweise auch umgesetzte Forderung, Obdachlose in leerstehenden Hotels unterzubringen. Ist das eine Lösung?**

Inzwischen haben Kommunen begonnen kommunale Unterbringungsmöglichkeiten durch die Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten zur erweitern.

Das ist ersteinmal positiv, aber natürlich sind Hotelzimmer auf Dauer keine Lösung. Ich denke, die Kommunen müssen, nachdem die Corona-Krise alle Sollbruchstellen des Systems der kommunalen Notunterbringung bloßgelegt hat, dezidierte Maßnahmen zur dauerhaften Versorgung wohnungsloser Menschen mit eigenen Wohnungen ergreifen. Schon in Vor-Corona-Zeiten hat die BAG Wohnungslosenhilfe dies gefordert und konkrete Vorschläge dazu unterbreitet, die Sie auf [www.bagw.de](http://www.bagw.de) finden.

Die Fragen stellte Philipp Meinert



# DROGEN UND CORONA. EINE BESONDERE HERAUSFORDERUNG FÜR ALLE.

**Für Menschen, die schon vor Corona einen schweren Stand in der Gesellschaft hatten, hat sich ihre Situation durch den Ausbruch der Corona-Pandemie oft noch einmal deutlich verstärkt. Auch und besonders für Konsumierende sog. „harter Drogen.“ 2015 waren es über 20.000 Menschen, die Heroin, Kokain, Crystal Meth und ähnliches nehmen. Aber nicht nur Konsument\*innen stehen aktuell vor besonderen Herausforderungen. Das gilt auch für diejenigen, die ihnen täglich helfen, so wie das Kontaktcafé Flow in Würzburg.**

Die Bezeichnung Kontaktcafé trifft derzeit nur eingeschränkt zu. Der Kontakt findet hauptsächlich durch eine Plexiglasscheibe mit Durchreiche statt. Dort bekommen Drogenkonsument\*innen eine tägliche warme Mahlzeit. Grundsätzlich ist das Flow aber ein Café und ein Schutzraum, wo man Kaffee trinken, etwas essen, konkrete Hilfe bei Behörden und Alltagsproblemen bekommen oder einfach nur quatschen kann. Das Kontaktcafé Flow ist eine Einrichtung von Condrops, einem Träger von vielfältigen sozialen Hilfen in Bayern. „Bei Condrops haben wir einen akzeptanzorientierten Ansatz, wir akzeptieren alle, so wie sie sind – auch ihren Konsum“, erklärt Stella Meckelein, die als Sozialarbeiterin dort beschäftigt ist. Das bedeutet auch, dass eine Auseinandersetzung mit der Suchterkrankung und ein möglicher Entzug in einer Entgiftungseinrichtung zwar angeboten, aber nicht eingefordert wird. „Bei uns im Kontaktcafé braucht es keinen Veränderungswunsch. Wer aber etwas am eigenen Konsum ändern möchte, bekommt natürlich unsere Unterstützung.“

## Von der Inklusion in die Drogenhilfe

Stella Meckelein ist gebürtige Würzburgerin. Sie studierte in Frankfurt am Main, wo sie in der Straffälligenhilfe anfang. „In meinem ersten Job habe ich meine ersten Berührungspunkte mit dem Thema gehabt, weil Straffälligkeit und Drogenkonsum zum Teil zusammenhängen“, erklärt die junge Frau. Nach ihrer Rückkehr in die bayrische Heimat mit frischem Abschluss in der Tasche erfuhr Frau Meckelein aus der Zeitung, dass ein Kontaktcafé für Drogenkonsument\*innen in ihrer Heimatstadt eröffnen würde und bewarb sich erfolgreich.

Das Kontaktcafé Flow ist noch ein junges Projekt. Erst im August 2019 wurde das Café in Würzburg eröffnet. Die Feierlichkeiten zum ersten Geburtstag müssen wohl ausfallen. Aber obwohl die Räume derzeit geschlossen sind, steigt die Zahl der Besucher\*innen weiter an. „Vor Corona hatten wir im Schnitt 30 Besucherinnen und Besucher am Tag, jetzt sind es mittlerweile über 50.“



Das Team vom Kontaktcafé Flow (v.l.n.r.): Katharina Kolani, Claudia Nembach und Stella Meckelein.

sagt die 27-Jährige. Es sind nicht nur Konsument\*innen illegalisierter Drogen, auch Obdachlose stehen jetzt um eine warme Mahlzeit an, da viele soziale Einrichtungen geschlossen wurden. „Es gab beispielsweise keine Stellen mehr, wo man so etwas simples wie heißes Wasser bekommen konnte. Deswegen kamen viele Menschen ohne Wohnung zu uns, um einfach ihre Thermoskannen aufzufüllen“, erklärt Meckelein.

## Drogenkonsum steigt in Corona-Zeiten

Trotzdem liegt das Hauptaugenmerk auch in Corona-Zeiten im Flow auf den Drogenabhängigen und ihren spezifischen Problemen. „Die meisten unserer Besucher\*innen haben neben der Suchterkrankung diverse Probleme wie Obdachlosigkeit, Verschuldung oder Probleme mit der Justiz. Derzeit ist es jedoch kaum möglich Termine oder Unterstützung zu erhalten, sodass es unsere Zielgruppe besonders hart trifft“, erklärt Stella Meckelein. Zahlreiche Hilfestellen in Würzburg wurden quasi über Nacht geschlossen, und auch der Aufenthalt im Café Flow ist derzeit nicht möglich. Viele haben mangels Alternative fast ihren ganzen Tag in den Räumen verbracht und die Essensausgabe durch das Fenster ist notwendig, aber kein Ersatz für einen Rückzugsort. Und allgemein gilt, so Meckelein: „Die Ungewissheit und der derzeitige Mangel an Ablenkung und Beschäftigung ist für unsere Zielgruppe überhaupt nicht gut.“ Manche ihrer Klient\*innen hatten auch Arbeitsstellen, die sie nun verloren haben. In der Folge, so stellt das Team bei Flow fest, würde mehr konsumiert. Im Flow werden auch ungebrauchte Spritzen und Kanülen herausgegeben und die Nachfrage ist stark angestiegen. Andere, die regelmäßig Besucher\*innen im Café waren, bleiben weg und sind so für die Sozialarbeiter\*innen auch nicht mehr zu erreichen. „Wenn ich jemanden lange nicht sehe, mache ich mir natürlich Sorgen“, meint Stella Meckelein.

Für einige gibt es auch die Möglichkeit, im Café als sog. „Arbeitsgelegenheit“ mitzuarbeiten. Ein solches Beschäftigungsprogramm gibt Konsumierenden und Hilfesuchenden oft neue Perspektiven. Wer möchte, kann für drei Stunden am Tag im Flow Aufgaben übernehmen. Und speziell für das Café hatte Corona sogar einen Vorteil. „Wir konnten dank der Aktion Mensch unter anderem einen Koch auf einer halben Stelle einstellen, der in der Arbeitsgelegenheit war. Der hat sozusagen von Corona profitiert“, lacht Stella Meckelein.

Philipp Meinert

Weitere Informationen unter [www.condrops.de](http://www.condrops.de)

# KITAS IN DER KRISE

Die meisten Kindertageseinrichtungen blicken auf bewegte Wochen zurück. Überall waren die pädagogischen Fachkräfte gefordert, neue Konzepte für die Notbetreuung zu entwickeln, auf die Sorgen von Kindern und Eltern einzugehen und die individuelle Förderung eines jeden Kindes zu gestalten. Die mitunter plötzliche Ausweitung der Zahl der betreuungsberechtigten Kinder bringt viele Einrichtungen an ihre Grenzen, und nicht selten erleben die Fachkräfte auch die Sorgen und Ängste der Eltern hautnah. Der schwierige Balanceakt zwischen Infektionsvermeidung und Kindeswohl verlangt den Fachkräften sehr viel ab.

In dieser Krise werden die strukturellen Probleme der Kindertagesbetreuung einmal mehr deutlich: mangelnde digitale Ausstattung, die das Arbeiten auf Distanz erschwert, geringe Personalschlüssel, die die Kapazitäten für die Notbetreuung teilweise stark reduzieren, und fragile Finanzierungen, die die Träger um ihr Überleben kämpfen lassen. Dabei sollte auch den Letzten spätestens jetzt klar sein, wie wichtig eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung ist – und dass die Aufgabe der institutionellen Kinderbetreuung eben nicht nur ist, auf die Kinder aufzupassen, während die Eltern arbeiten müssen, sondern dass ungleiche Teilhabechancen ausgeglichen werden und Kinder aus nicht-privilegierten Familien ihr Chancendefizit verringern. Dieses für die Stabilität der Gesellschaft so wichtige Ziel braucht in den kommenden Monaten unsere Aufmerksamkeit. Gleichzeitig muss die Arbeit in der Kindertagesbetreuung den aktuellen Anforderungen angepasst werden. Das heißt vor allem, Infektionsketten so gut es geht zu vermeiden und die Kontakte der Kinder und Fachkräfte untereinander einzuschränken. Die Infektion mit dem neuartigen Corona-Virus lässt sich in der Kindertagesbetreuung leider nicht komplett ausschließen, weshalb es wichtig ist, die Kontakte untereinander nachvollziehbar zu machen. Der Paritätische Gesamtverband hat bereits Ende April eine Orientierungshilfe für Träger von Kindertageseinrichtungen in Zeiten der Corona-Pandemie herausgegeben, um auf einige wesentliche Aspekte hinzuweisen. Auch die meisten Länder und viele Kommunen geben relevante Hinweise für die Neuorganisation der Arbeit.

## Eine Corona-KiTa-Studie soll helfen

Um zu klären, wie sich die Wiederöffnung der Kindertagesbetreuung für die meisten Kinder auf das Infektionsgeschehen auswirkt, hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das Deutsche Jugendinstitut (DJI) und das Robert-Koch-Institut (RKI) mit einer Studie zur Begleitung der stufenweisen Öffnung von Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege beauftragt. Von Juni 2020 bis März 2021 sollen Daten zur Kindertagesbetreuung gesammelt werden, um zu erfassen, in welchem Umfang es zu Übertragungen des Corona-Virus in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege

kommt. Mit diesen Daten können nicht nur wesentliche Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie viele Kinder und Fachkräfte längerfristig aufgrund von Risikofaktoren zuhause bleiben müssen und wie viele an Covid-19 erkrankt sind. Es kann auch gelingen, die Schutzmaßnahmen für Kinder und Fachkräfte zeitnah zu verbessern und damit die bestehende Unsicherheit zu reduzieren.

Die Studie kann durch die Untersuchung von Infektionsketten unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen in der Betreuung wichtiges Steuerungswissen liefern. Der Zusammenhang von Öffnungs- und Hygienemaßnahmen und der Erkrankungssituation von Kindern und Fachkräften soll untersucht werden. Zu diesem Zweck sollen auch anlassbezogene und freiwillige Testungen aller Kinder, der pädagogischen Fachkräfte, Geschwister und ggf. der Eltern in Kitas bei auftretender Infektion durchgeführt werden. Je mehr Kindertageseinrichtungen sich an dem Projekt beteiligen, desto schneller lassen sich aussagekräftige Daten erzeugen, die möglicherweise unmittelbar in die Überarbeitung von Hygienekonzepten einfließen können. Insofern befürwortet der Paritätische Gesamtverband das Vorhaben und ruft alle Träger dazu auf, sich daran zu beteiligen.

## Gute-KiTa-Bericht 2020

Im Augenblick richtet sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die Bewältigung der Corona-Krise. Das Wohl der Kinder und das der Fachkräfte zu sichern hat oberste Priorität. Doch gleichzeitig müssen wir für die Zukunft vorsorgen. Die Beobachtungen in der Krise bestärken uns darin, weitere Anstrengungen für die Qualitätsentwicklung zu fordern. Im vergangenen Jahr wurden in allen Bundesländern mit der Umsetzung des sogenannten Gute-KiTa-Gesetzes Maßnahmen für die Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung ergriffen. Der Paritätische Gesamtverband hat in dem jetzt vorliegenden Gute-KiTa-Bericht 2020 diese Maßnahmen erstmalig ausgewertet und damit eine substantielle Basis für den Vergleich der Qualitätsentwicklung auf Landesebene geschaffen. Diese Auswertung zeigt, dass die Maßnahmen der Länder zwar erkennen lassen, dass die Probleme wahrgenommen, aber mit den vorhandenen Mitteln nicht gelöst werden können. Wie groß die Probleme auch schon vor Corona waren, zeigen die Ergebnisse einer bundesweiten Befragung von Trägern von Kindertageseinrichtungen, die ebenfalls in dem Bericht enthalten sind. Der Gute-Kita-Bericht ist ein Plädoyer dafür, den Trägern von Kindertageseinrichtungen zuzuhören und ihre Bedarfe wahrzunehmen. Die Umsetzung des Gute-KiTa-Gesetzes zeigt eindrücklich, dass dies bislang zu kurz gekommen ist.



Niels Espenhorst ist Referent Kindertageseinrichtungen/  
Tagespflege beim Paritätischen Gesamtverband  
Der Gute-KiTa-Bericht 2020 kann kostenlos auf  
[www.paritaet.org](http://www.paritaet.org) heruntergeladen werden!



# ALLES ANDERS ÜBER NACHT: DIE CORONAKRISE IN DER STATIONÄREN KINDER- UND JUGENDHILFE



**Wie wirkte sich die Coronakrise bisher auf die stationäre Kinder- und Jugendhilfe aus? Ein Blick in die Praxis im Gespräch mit Ramona Lenz, der Leiterin der Kinder- und Jugendhilfe der Gut Priemern gGmbH in Sachsen-Anhalt.**

Zwischen Wiesen und Feldern liegt das alte Rittergut im Altmarkdörfchen Priemern im Landkreis Stendal (Sachsen-Anhalt). Richtig viel Natur und richtig wenig Infrastruktur kennzeichnen die Gegend. Genau das wird als Vorteil für viele Kinder und Jugendliche mit einem so genannten herausfordernden Verhalten gesehen. Aus der ganzen Bundesrepublik werden sie von Jugendämtern im Gut Priemern untergebracht. Meistens dann, wenn alle anderen „Maßnahmen“ gescheitert sind.

## Selten türmt jemand aus den Wohngruppen

Ramona Lenz ist Psychologin und leitet den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Insgesamt fünf Wohngruppen mit jeweils fünf bis acht Plätzen für die Kinder und Jugendlichen, die andere überfordern, sind in ihrer Verantwortung. Der Träger gilt im Bundesland – so sagt sie selbst – als die „Kirsche auf der Sahne“: Neben wenig Ablenkung, weil so abgelegen, bietet er einen langen Atem in der Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen. Die Wohngruppen können in der Regel die Jugendlichen halten. Nur selten türmt jemand. Ein Team aus 53 Mitarbeiter\*innen kümmert sich zusammen mit Praktikant\*innen und Freiwilligendienstler\*innen im Schichtsystem um die 6- bis 18-jährigen. Die Kinder und Jugendlichen besuchen Kita und Schule. Ein normaler Dienstalltag ist neben der Beziehungs- und pädagogischen Arbeit in der Wohngruppe vor allem durch viele Termine und lange Wege gekennzeichnet: Jugendamtsgespräche, Therapie- und Arzttermine, Einkaufen, Freizeitangebote etc. Hinzukommen Dokumentations-tätigkeiten und Schriftverkehr. Da ist die „pädagogische Zeit“ eine unter vielen.

So funktionierte bisher auch die Wohngruppe Lückstedt. Eine gemischte Gruppe aus drei Mädchen\* und vier Jungen\*. Der Jüngste ist sechs Jahre alt, die anderen zwischen 12 und 18 Jahren. 11 Mitarbeiter\*innen, sieben davon im Schichtdienst, kümmern sich um die Einzelnen und natürlich die ganze Gruppe sieben Tage die Woche. Es ist ein junges Team. Die meisten sind unter 40 und stehen mit eigenen Kindern und zu versorgenden oder zu pflegenden Angehörigen Mitten im Leben.

Bis zum 13. März 2020 lief das WG-Leben in seinen geordneten und eingespielten Bahnen. Dann änderte sich alles über Nacht: Coronabedingt sofortige Schließung der Schulen und der meisten Kitas. „Das war ein großer Schreck“, berichtet Ramona Lenz.

„Uns war sofort klar, dass dies eine Betreuung von 24 Stunden an sieben Tagen die Woche bedeutet. Das gab unsere Personal-aufteilung gar nicht her. Dienste, Urlaube, die Heimfahrten der Kinder und Jugendlichen über Ostern werden in der Regel lange im Voraus geplant. Innerhalb eines Wochenendes wurde alles auf den Kopf gestellt. Die Basis der Planung war: Alle müssen in die Betreuung und in den Schichtdienst, auch die Leitungen, die The-rapeut\*innen, alle. Und es hat funktioniert. Die Mitarbeiter\*innen selbst haben ihr Privatleben über das Wochenende neu organi-siert. Wohin mit den eigenen Kindern? Ist jemand zur Betreuung zu Hause? Müssen Oma und Opa einspringen? Welche anderen Netzwerke konnten genutzt werden?“, so die Psychologin. Hilf-reich sei dabei gewesen, dass in Sachsen-Anhalt die Mitarbei-ter\*innen der Kinder- und Jugendhilfe schnell als systemrelevant eingestuft wurden und die Notbetreuungen für die eigenen Kin-der zur Verfügung standen.

## In der Isolation bei Laune gehalten

Die WGs wurden sofort isoliert. Jeder Wohngemeinschaft wur-den feste Mitarbeiter\*innen zugeteilt, sodass es keinen Kontakt zwischen den Mitarbeiter\*innen und den Kindern und Jugendli-chen der unterschiedlichen Wohngruppen gab. Das sei ein harter Einschnitt gewesen, berichtet Ramona Lenz. „Die Stimmung un-ter den Kindern und Jugendlichen war schlecht. Es war ja auch klar: Niemand darf über Ostern nach Hause, keine Freunde durften besucht werden. Die Gruppen waren von Stund an auf sich zurückgeworfen“, so Lenz. Und wie haben die Teams das in der Betreuung gelöst? „Durch sehr viel Kreativität“, erzählt Ra-mona Lenz in Anerkennung ihrer Kolleg\*innen. Tagsüber wurde auch die WG Lückstedt geteilt. Einige Kinder und Jugendliche gingen an die frische Luft, die anderen blieben in der WG und wurden beschult und umgekehrt. Die Betreuer\*innen haben un-tereinander ausgetüftelt, wer wen und mit was am besten be-schulen kann. „Nicht jeder musste Mathematik übernehmen! Das funktioniert bis heute sehr gut“, betont die Leitern der Kinder- und Jugendhilfe am Gut Priemern. Die ländliche Lage der Einrich-tung war dabei ein großer Vorteil: „Es ist schwer vorstellbar, wie das in Großstädten funktioniert hat, die nicht die Möglichkeit hatten, einfach nach draußen zu gehen. Es war schon so eine Herausforderung, alle bei Laune zu halten“, blickt Ramona Lenz zurück.

Auf die Frage, ob die Ausstattung der Kinder und Jugendlichen in den Wohngruppen mit digitalen Endgeräten sinnvoll und hilf-reich wäre und die Beschulung erleichtern würde, war die Ant-wort von Ramona Lenz eindeutig: „Nein! Die meisten Kinder und Jugendlichen verfügen über ein Smartphone. Es ist schon so eine immense pädagogische Aufgabe, den Kindern die analoge Welt und eine vernünftige Sprache und Kommunikation jenseits

der Messengerdienste beizubringen. In den Corona-Wochen war das Smartphone natürlich der Zugang zu Freunden und Familie. Für die Beschulung und sonstige Aktivitäten im Internet wäre es jedoch viel sinnvoller, die Wohngruppen und vor allem die Schulen selbst auszustatten und einen pädagogisch vermittelten und begrenzten Umgang mit den Geräten zu ermöglichen.“

### Was tun bei Corona-Infektion

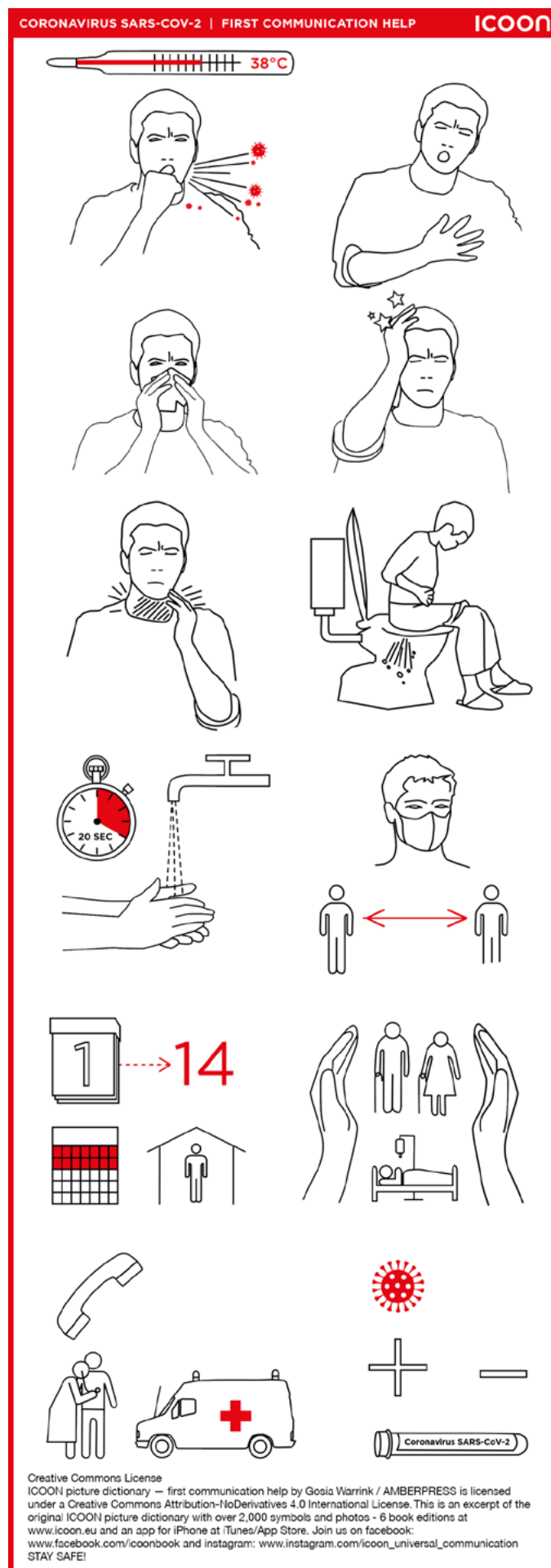
Neu für die Einrichtung war außerdem die wöchentliche Abfrage des Landkreises zum Bedarf an Ausrüstung zum Infektionsschutz. „Es dauerte bis Pfingsten, bis wir endlich voll ausgestattet waren“, berichtet Ramona Lenz nicht ohne ein Lachen. Es wäre zum Glück bisher alles gut gegangen, es gab lediglich einen Verdachtsfall, der nicht bestätigt wurde. Was wäre aber im Falle einer Corona-Infektion gewesen? „Auch in der Frage war für die meisten Mitarbeiter\*innen klar: Die Taschen standen gepackt zu Hause. Wäre ein Kind erkrankt, hätten sich die Kolleg\*innen mit ihrer WG in Quarantäne begeben. Selbst wenn zu Hause die eigene Familie gewartet hätte“, sagt Ramona Lenz.

Und wie ist die Stimmung nach diesen Wochen? Ramona Lenz berichtet, dass die Mitarbeiter\*innen sehr stolz darauf sind, was sie bewältigt und wie bereitwillig sich alle engagiert haben. Seit Pfingsten ist auch die Stimmung der Kinder und Jugendlichen besser. Viele konnten nach diesen harten Wochen in der Isolation endlich wieder ihre Familien besuchen.

Offen ist noch, welche Folgen die Krise für die Zukunft des Trägers haben wird. In den vergangenen Wochen hätte man Glück gehabt, so Leiterin des Bereichs der Kinder- und Jugendhilfe auf Gut Priemern, „die Angebote und die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen wurde nicht infrage gestellt, die Jugendämter haben zum Teil unaufgefordert die Leistungen ohne weiteres pauschal um zwei Monate verlängert, keine Hilfe wurde abgebrochen. Es gab in den Corona-Wochen sogar zwei Neuaufnahmen.“ Die Psychologin befürchtet allerdings, dass in den kommenden Monaten die Diskussion zur Vergütung der Angebote und zur Höhe der Fachleistungsstunden Fahrt aufnehmen wird, weil in vielen Kommunen die Kassen leer sind. „Das wird nicht an der Kinder- und Jugendhilfe vorbeigehen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben in dem Bereich schon seit Jahren permanent und in Folge von Corona wird der Bedarf an Betreuung zunehmen“, sagt die Lenz und ergänzt: „Zum einen werden es viele Kinder und Jugendliche in den Familien unter diesen Bedingungen noch schwerer haben als bisher schon. Zum anderen werden die Jugendämter, gerade weil unter diesen Bedingungen der Einblick in die familiären Situationen eingeschränkt ist, schneller auf Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung reagieren.“

Und was braucht es für die Zukunft in der Kinder- und Jugendhilfe nach diesen Corona-Eindrücken? Auch hier eine schnelle und deutliche Antwort der Psychologin: „Die Kinder brauchen eine starke Lobby und Geld darf keine Rolle spielen. Die Einschnitte und Herausforderungen in den letzten Wochen waren für die Kinder und Jugendlichen riesig. Es darf nun nicht auch noch zu ihren Lasten gespart werden.“

**Juliane Meinhold, Referentin für Kinder- und Jugendhilfe beim Paritätischen Gesamtverband**



Creative Commons License  
 ICOON picture dictionary – first communication help by Gosia Warrink / AMBERPRESS is licensed under a Creative Commons Attribution-NoDerivatives 4.0 International License. This is an excerpt of the original ICOON picture dictionary with over 2,000 symbols and photos - 6 book editions at [www.icoon.eu](http://www.icoon.eu) and an app for iPhone at iTunes/App Store. Join us on facebook: [www.facebook.com/coonbook](https://www.facebook.com/coonbook) and Instagram: [www.instagram.com/icoon\\_universal\\_communication](https://www.instagram.com/icoon_universal_communication)  
 STAY SAFE!



## DAS MOTTO LAUTETE UND LAUTET: „WIR PACKEN DAS!“

Die SARS-COV-2-Eindämmungsverordnung traf ab Mitte März Pflegeheime und die ambulante Versorgung Pflegebedürftiger besonders hart. Der Lock-Down und die Kontaktsperrre, die Abstandsregeln und weitere Schutzmaßnahmen waren in dieser Größenordnung unbekanntes Terrain. Mit großem Engagement und Kreativität haben alle Arbeitsbereiche in der Altenpflege versucht, die sozialen Belastungen für alleinstehende Ältere, für ambulant oder stationär betreute Pflegebedürftige und ihre Angehörigen abzumildern.

„Liebe Besucherinnen und Besucher, liebe Angehörige, auf Grund der Corona Pandemie ist unsere Tagespflege auf behördliche Weisung bis auf Weiteres geschlossen. Wir bedauern dies sehr, halten diese Maßnahmen aber für wichtig und richtig, um das Ansteckungsrisiko, vor allem für unsere Besucherinnen und Besucher, zu vermeiden. Unser Anrufbeantworter wird regelmäßig abgehört und wir rufen Sie so schnell wie möglich zurück, Mails werden gecheckt und Post gelesen. Bei Fragen kontaktieren Sie uns bitte auf diesen Wegen. Passen Sie gut auf sich auf und bleiben Sie gesund!“, so kündigte die „Tagespflege auf der Schöneberger Insel“ in Trägerschaft des Nachbarschaftsheim Schönebergs (NBHS) Mitte März diesen Jahres ihre sofortige Schließung an. Bundesweit mussten alle stationäre Einrichtungen, ambulante wie offene Angebote ihre Klientel über restriktive Maßnahmen aufklären und sich auf eine schwierige Zeit für alle Beteiligten – Leitungen, Fachkräfte, Pflegebedürftige und Angehörige – einstellen. „Eine fürchterliche Situation, als wir alle Angehörigen informiert haben, dass unsere Angebote nicht weiter geführt werden können. Ich habe am Telefon herzzerreißende Situationen erlebt“, schildert Sascha Hannemann, Geschäftsführer der Alzheimer Angehörigen Initiative gGmbH aus Berlin, die Demenzerkrankten und ihren Angehörigen mit einer großen Vielfalt von niedrigschwelligen Angeboten ein Stück Normalität im Alltag und soziale Teilhabe ermöglicht. Nun aber: „Die Tagespflege im Notbetrieb! Die ehrenamtlichen Besuchsdienste großenteilig eingestellt! Die Gruppenangebote alle ausgesetzt!“, zählt Hannemann im Stakkato auf. Lediglich die Einzelbetreuung sei für die dringlichsten Fälle und mit entsprechenden Schutzmaßnahmen weitergeführt worden. Neben den sozialen Folgen für alle Betroffenen,



bedeutete der Krisenmodus ein ökonomisches Desaster für das Unternehmen: „Ich wusste nicht, wie wir bis zur Auszahlung staatlicher Hilfen überleben sollten“, erinnert sich Hannemann. Aus Verzweiflung startete die AAI bei ihren Vereinsmitgliedern einen Spendenaufruf. Als nach nur zwei Wochen fast 50.000 Euro zusammenkamen und die Insolvenz abgewendet werden konnte, war er überwältigt. „Die Großzügigkeit war ein Signal an uns, eine große Wertschätzung und Ankerkennung unserer Arbeit.“ Die Rettungsaktion gestattete es, einen Notbetrieb aufrechtzuerhalten und in die Digitalisierung von Angeboten zu investieren: „Wir haben dann mit Telefonkonferenzen effektiv und ohne Reibungsverluste in allen Gremien zusammengearbeitet und auch pflegende Angehörige durch die Krise begleiten können.“

### Soziale Belastungen gering halten

Das gute alte Telefon, dann Tablets und Smartphones waren für alle Einrichtungen und Angebote ein Rettungsanker: Damit wurde weiter zugehört, beraten und unterstützt, Teams konnten sich weiterhin austauschen. Elementar war digitale Technik für Bewohner\*innen von stationären Einrichtungen, weil virtuelle Besuche von Familienangehörigen und Bekannten möglich wurden. „Das Vermissten war schmerzlich. Wenn dann die Lieben auf diese Weise ins Zimmer geholt wurden, wurde die Isolation für kurze Zeit aufgebrochen“, beschreibt Gina Schmelter, Pressesprecherin des UNIONHILFSWERK. Darüber hinaus hätten in allen Unternehmensbereichen des großen Trägers die Mitarbeitenden und Freiwilligen im Lock-Down alles gegeben, um die sozialen Belastungen durch die Corona-Beschränkungen gering zu halten.

Eingespant wurde bei diesem Träger auch die junge Generation: Einem Aufruf folgend, haben Kinder und Enkel von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Heimbewohner\*innen gezeichnet und ihnen Briefe geschrieben. Und prompt bekamen die jungen Künstler\*innen Post zurück. Vielerorts wurde musiziert, um die Älteren aufzuheitern. In den Pflegeheimen „Am Kreuzberg“ und „Am Plänterwald“ gab sogar der Staats- und Domchor Berlin ein Gartenkonzert (Siehe Bild oben). Täglich wurde die Liste aufmunternder Aktionen länger: ein Blumenstrauß für Pflegeheimbewohner\*innen zum Frühlingsanfang, ein Wellnessstag mit Verwöhnprogramm oder ein Friseurtermin bei der Einrichtungsleiterin, die selbst zu Kamm, Schere und Föhn griff.

„Die Einrichtungen der Altenpflege haben sich zügig und ideenreich an die Entwicklung der Pandemie angepasst. Wohlwissend, dass ihre Klientel eine Risikogruppe ist, die sich schnell infizieren kann“, resümiert Lisa Schmitdt, Abteilungsleiterin Gesundheit, Teilhabe und Pflege des Paritätischen Gesamtverbands. Aber anfangs sei die Versorgung mit Schutzausrüstung und Masken ein großes Problem gewesen. „Die meisten Einrichtungen mussten, über das, was der Bund leisten konnte, in die Selbstbeschaffung gehen, mithilfe der Landesverbände des Paritätischen oder mit eigenen kreativen Lösungen“, so Schmitdt.

### Masken nähen im Akkord

Beispielsweise rief das NBHS Nachbarn und Ehrenamtliche auf, Mund-Nasen-Masken zu nähen. 1300, viele davon hoch professionell verarbeitet, wurden abgeliefert und zum Schutz von Mitarbeitenden und zu Betreuenden in allen Arbeitsbereichen eingesetzt – ob im Hospiz, in Sozialstationen, in der Familienpflege, im ehrenamtlichen Besuchsdienst, in Kitas oder Flüchtlingsunterkünften. Auch der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Landesverband Sachsen-Anhalt stand vor dem Dilemma, seine Mitarbeitende nicht vor Infektionen schützen zu können. „Es war furchtbar“, erzählt Irina Schmaus, Pressereferentin des ASB Landesverbands Sachsen-Anhalt, „bis dann die Samariter\*innen im Landesverband und den Regionalverbänden im Akkord für Kolleg\*innen Masken nähten!“ Das solidarische Handeln in allen ASB-Gliederungen ziehe sich wie ein roter Faden durch die Corona-Krise, freut sich Schmaus und ist besonders stolz auf Initiativen wie: Spontan eingerichtete Kitas für bis zu zehn Kinder von Samariter\*innen, die arbeiten mussten und keine Betreuung mehr hatten. Als Erzieherin sprang auch mal eine Pflegekraft der Tagespflege ein, die einst als Kinderkrankenschwester tätig gewesen war.

Wiederum setzte das NBHS freigestellte Erzieherinnen als Co-Betreuerinnen in seinen fünf Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige ein. Sie übernahmen einen Teil der aktivierenden Tagesstruktur, die sonst Ergo- oder Physiotherapeut\*innen mit Leben füllen. „Sie haben mit den Bewohner\*innen gesungen, ge-

bastelt, gespielt, sie motiviert und beschäftigt“, erzählt Karen Lawrenz, Leiterin der Pflegeabteilung im NBHS und zieht eine positive Bilanz. Die Initiative habe geholfen, einen körperlichen und geistigen Abbau bei den Betreuten abzufedern, und die Erzieherinnen wiederum haben das pflegerische Feld kennengelernt. Was sie aus der Corona-Zeit mitnimmt ist: „Wir halten zusammen, und in der Not wird bereichsübergreifend ausgeholfen. All unsere Mitarbeitende haben nach dem Motto gehandelt, ‚Wir packen das!‘“

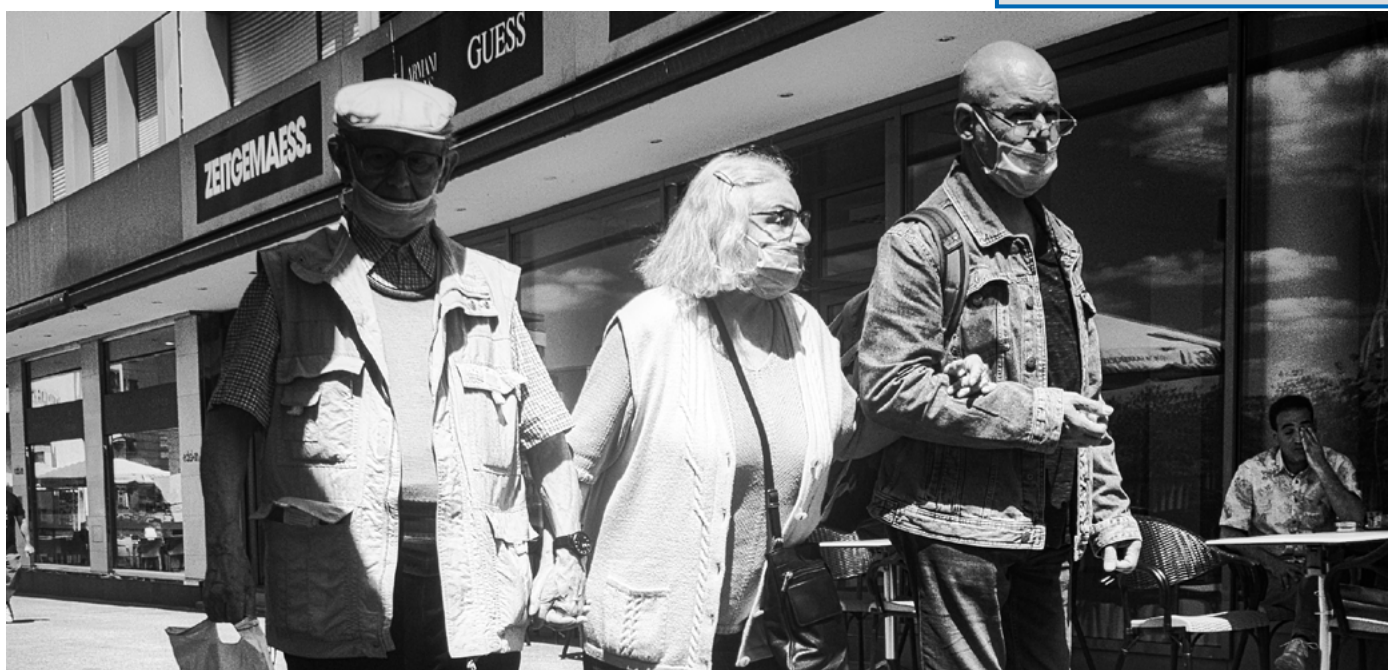
### Neue Besuchskonzepte werden ein Dauerthema

Irina Schmaus betont, dass der ASB-Landesverband im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe von der Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbands sehr profitiert. „In der verwirrenden Anfangsphase und bis heute versorgt uns der Paritätische mit aktuellen Informationen, berät uns und erleichtert die Arbeit. Deshalb konnten wir direkt am Anfang der Krise professionell agieren.“ Auch wenn endlich Kontaktsperre und andere Restriktionen in der Altenpflege gelockert wurden, sagt Schmaus: „Die Kuh ist nicht vom Eis!“ Auch Lisa Schmitdt ist sich sicher, „dass neue Besuchskonzepte in der Langzeitpflege ein Dauerthema sein werden“. Einerseits müsse die Infektionsgefahr für Fachkräfte und Betreute niedrig gehalten, andererseits soziale Teilhabe gewährleistet, Isolation vermieden werden. Leider habe die Corona-Krise den Pflegenotstand wie unter einem Brennglas noch sichtbarer gemacht. Die dringend benötigten Pflegereformen müssten mehr als je zuvor zügig angegangen werden. „Wir benötigen nicht nur mehr Fachkräfte, es bedarf bundesweit noch flächendeckender Strategien als Anker für den Umgang mit einer Pandemie.“

Verena Mörath

#### WEITERE INFORMATIONEN

[www.unionhilfswerk.de](http://www.unionhilfswerk.de)  
[www.asb-lv-st.de](http://www.asb-lv-st.de)  
[www.nbhs.de](http://www.nbhs.de)  
[www.alzheimer-organisation.de](http://www.alzheimer-organisation.de)





# DRINNEN UND DRAUSSEN - LEBEN IM PFLEGEHEIM IN ZEITEN VON CORONA

Plötzlich war alles anders und anders ist es noch immer. Seit nunmehr drei Monaten befindet sich das Leben in stationären Pflegeeinrichtungen im Ausnahmezustand. Neben der Umsetzung der Schutzmaßnahmen haben vor allem die plötzlichen Besuchsverbote die Einrichtungen mit ihren Bewohner\*innen und Mitarbeiter\*innen vor Herausforderungen gestellt. Denn von einem Tag auf den anderen konnten die Bewohner\*innen nur noch in absoluten Ausnahmefällen Besuch empfangen und durften nur unter strengen Auflagen die Einrichtungen verlassen. Pflegeeinrichtungen, die sonst ein Ort der Begegnung und der Nähe sind, wurden zu Orten, in denen Distanz im Inneren und nach außen zum obersten Gebot werden mussten - zum Schutz der Bewohner\*innen.

Dass diese Maßnahmen sinnvoll sind, hat sich besonders in den Fällen gezeigt, in denen dennoch COVID-19-Infektionen aufgetreten sind: Schnell haben sich diese verbreitet und Opfer gefordert. Gleichzeitig trugen diese notwendigen Maßnahmen dazu bei, dass die Bewohner\*innen im Inneren der Einrichtungen stark von der Außenwelt - und damit von den für sie wichtigen Sozialkontakten - abgeschnitten wurden. Welche Folgen das auf lange Sicht für sie haben wird, kann heute nur erahnt werden. Dies bedarf der weiteren Beobachtung und des gesellschaftlichen Diskurses; ggf. auch der pflegewissenschaftlichen Untersuchung. Dabei dürfen insbesondere die Menschen nicht aus dem Blick geraten, die sich aufgrund einer Erkrankung nicht mehr selbst über das Erlebte äußern können - beispielsweise Menschen mit einer Demenz.

Die Einrichtungen sahen sich damit konfrontiert, Nähe zwischen den Bewohner\*innen und ihren An- und Zugehörigen zu ermöglichen - und dennoch Distanz zu wahren. Rasch wurden die Möglichkeiten erkannt, die die Digitalisierung bietet, und es wurde auf Kommunikationsmöglichkeiten zurückgegriffen, die sonst nicht unbedingt den Alltag in Pflegeeinrichtungen prägen und die nicht immer schon vorhanden waren. So wurden beispielsweise Tablets angeschafft, Apps für Videotelefonie installiert und kurze Videos für die An- und Zugehörigen erstellt. Auch analoge Möglichkeiten wurden genutzt und der Kontakt über das offene Fenster ermöglicht, Briefe wurden gewechselt und vorgelesen oder Gelegenheiten geschaffen, um persönliche Gegenstände auszutauschen. Und das alles mit den ohnehin schon knappen personellen Ressourcen der Einrichtungen!



Innerhalb kürzester Zeit haben die Pflegeeinrichtungen sich auf diese für alle Beteiligten neue Situation eingestellt. Sie haben sich mit außerordentlichem Engagement der Mitarbeiter\*innen dafür eingesetzt, die Folgen der sozialen Isolation abzumildern und die Lebensqualität der Bewohner\*innen unter den Einschränkungen durch die Pandemie zu erhalten. Das war und ist keine einfache Aufgabe. Denn die sich kontinuierlich verändernden rechtlichen Regelungen auf der Bundes- und Länderebene sowie die mit ihnen einhergehenden Anpassungsbedarfe verlangen den Einrichtungen immer wieder einiges ab. Allem voran die Schritte hin zu einer Öffnung der Einrichtungen, die besonders kurz vor dem Muttertag in einigen Bundesländern für Friktionen gesorgt haben und die mehr als politische, weniger als fachlich begründete Handlung gesehen werden müssen.

Dennoch haben die Einrichtungen innerhalb kürzester Zeit Besuchskonzepte entwickelt, die das Leben in den Pflegeeinrichtungen ein Stück weit der Normalität näherbringen und die Distanz zwischen den Bewohner\*innen und ihren An- und Zugehörigen verringern. Somit kehrt langsam die Außenwelt in den Einrichtungsalldag zurück, stets den Schutz der Bewohner\*innen wahrend und eine neue, veränderte Normalität suchend.

In der Zeit der Pandemie hat sich gezeigt, wie wertvoll gute Kommunikation und gute Informationen sind, um handlungsfähig zu bleiben. Aber noch deutlicher hat sich eins gezeigt: Pflegeeinrichtungen können ihre Ziele nur erreichen, wenn ihnen die dafür notwendigen hochqualifizierten Pflegefachpersonen zur Verfügung stehen. Denn sie sind es, die die Bedürfnisse der Bewohner\*innen in der täglichen Interaktion erkennen können. Und sie sind es, die die Bewohner\*innen professionell unterstützen, diese besondere Phase in ihrem Leben gut zu überstehen. Damit sind sie - nicht erst seit Corona - systemrelevant. Das muss sich widerspiegeln: in der Bezahlung, in den Arbeitsbedingungen und in dem, wie über professionell Pflegendes gesprochen wird: Held\*innen sind von gestern, Profis sind von heute.



**Sebastian Riebandt ist Fachreferent Teil- und vollstationäre Pflege beim Paritätischen Nordrhein-Westfalen.**

**[Bitte beachten Sie zu diesem Thema auch den Blogbeitrag von Lisa Schmidt](#)**

# DREI FRAGEN AN DIRK WELTZIN, INTEGRATIONS-WERKSTÄTTEN- OBERSCHWABEN

**Werkstätten für Menschen mit Behinderung sind besondere Arbeitsplätze, aber vor Corona sind Arbeitsplätze erst einmal gleich. Wir sprachen mit dem Geschäftsführer der Integrations-Werkstätten-Oberschwaben, Dirk Weltzin über die Folgen der Pandemie.**

**Herr Weltzin, Corona hat das Arbeitsleben der meisten Menschen massiv verändert. Wie hat sich die Pandemie auf Menschen, die in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten, ausgewirkt?**

Zur Eindämmung der Infektion und vor allem zum Schutz der besonders gefährdeten Personen, die eine Werkstatt besuchen, hat dies zunächst dazu geführt, dass ca. Mitte März für sämtliche WfbMs ein sog. Betretungsverbot erlassen wurde. Das bedeutete, dass der Großteil der Menschen zunächst zuhause oder in den Wohnheimen bleiben mussten. Das hatte zur Folge, dass von heute auf morgen die gewohnte Arbeit und Tagesstruktur nicht stattfinden konnte. Für das Fachpersonal in den Werkstätten bedeutete dies, dass sie entweder tagsüber in den verschiedenen Wohnformen aktiv mitgearbeitet haben, um die dortigen Kolleg\*innen zu unterstützen und um wenigstens alternative Formen der Tagesstruktur durchzuführen oder zumindest die wichtigsten Auftrags- und Lieferverpflichtungen erfüllen konnten. In Baden-Württemberg war es außerdem immer möglich (und notwendig), dass eine sog. Notbetreuung in der WfbM erbracht wurde und wird.

**Konkret gefragt: Welche Maßnahmen haben die Integrations-Werkstätten-Oberschwaben gGmbH ergriffen?**

Zunächst haben wir sehr schnell versucht, die stationären Wohnformen (wo möglich) mit WfbM-Personal zu unterstützen und die Produktion aufrechtzuerhalten. Parallel haben wir sichergestellt, dass trotz der schwierigen Umstände ein Austausch, eine Beratung bzw. Begleitung und, wo nötig, auch rasch eine Notbetreuung organisiert und eingerichtet wurde. Für die Teilnehmer\*innen des Berufsbildungsbereichs haben wir z.B. eine alternative Form der Qualifizierung entwickelt, bei der wir Inhalte und Aufgaben als Wochensatz den Teilnehmer\*innen nach Hause senden und die Bildungsbegleiter dies telefonisch flankieren. Inzwischen haben wir, darüber hinaus, ein komplettes Infektions-

schutz-/Betriebliches Maßnahmenkonzept entwickelt. Dieses beinhaltet z.B. eine personenbezogene Gefährdungsbeurteilung und ein Raumkonzept, mit dem wir sicherstellen, dass möglichst viele Menschen wieder beschäftigt werden können. Ein wichtiges Schutzziel ist, dass Personen in Wohnheimen und Werkstätten wenig Kontakt haben.

Seit Mitte Mai kehren unsere Menschen mit Behinderung, auf dieser Grundlage, Schritt für Schritt, wieder in die WfbM zurück. Von einer Normalität sind wir allerdings noch sehr weit entfernt. Solange die derzeit geltenden Corona-Arbeitsschutzstandards und die Einschätzungen des Robert Koch-Instituts bzgl. der Risikogruppen gelten, solange werden Werkstätten keinen Normalbetrieb fahren können.

**Derzeit gibt es viel Solidarität mit betroffenen Einrichtungen und auch Geldzusagen. Blicken Sie optimistisch in die Zukunft?**



Werkstätten befinden sich, wie viele andere soziale Einrichtungen, seit Mitte März im absoluten Krisenmodus. Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hat am 03.06.2020 im Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket zu Recht festgehalten, dass die Corona-Pandemie erst dann endet, wenn ein Impfstoff für die Bevölkerung zur Verfügung steht. Gleichzeitig enthält das Papier, nach meiner Einschätzung, keine wirksamen Überbrückungshilfen für WfbMs. Auch das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz hilft in der Regel nicht weiter. Wir müssen trotzdem versuchen, unserem gesetzlichen Auftrag als WfbM einerseits und unserer dazu notwendigen Betätigung als (Industrie-)Dienstleister andererseits, gerecht zu werden. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist dies aber entweder nicht mit den bestehenden räumlichen und personellen Ressourcen möglich oder es müssen eine Zeitlang modifizierte, alternative Formen der Leistungserbringung mit den Leistungsträgern verhandelbar sein. In Baden-Württemberg zum Beispiel haben wir, rund eine Woche vor Ablauf der derzeitigen Corona-Verordnung, noch überhaupt keine Klarheit, ob unsere Finanzierung, i.S. der Fortzahlung der Vergütungssätze, auch über den 15.06.2020 hinaus gesichert ist. Das sorgt für Unsicherheit und Verärgerung. Andere Bundesländer wie Bayern, Schleswig-Holstein und Hamburg sind hier weiter. Ich hoffe aber trotzdem, dass wir jeweils auf der örtlichen Ebene gute und den Menschen gerecht werdende Lösungen finden werden. Neben der finanziellen Unsicherheit ist mir aber auch wichtig zu erwähnen, dass wir alle Personen der WfbM, Fachkräfte wie die Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, immer im Blick haben. Alle arbeiten seit Monaten unter völlig veränderten Rahmenbedingungen und/oder müssen sich täglich auf neue Situationen einstellen. Dies machen alle mit sehr großer Motivation und auch mit großem Verständnis. Dafür möchte ich allen sehr herzlich danken!

**Die Fragen stellte Philipp Meinert**



Wenn die verordnete Häuslichkeit zur Gefahr für Leib und Leben wird:

# GEWALTSCHUTZ IN DER CORONA-KRISE

Die Themen Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen haben in der Presse selten so viel Aufmerksamkeit erfahren wie in den ersten Monaten der Corona-Krise. Gewaltschutz – sonst in der Regel Nischenthema – spielte sich plötzlich über mehrere Wochen auf den Titelseiten der großen deutschen Blätter ab. Sogar zur besten Sendezeit kam das Thema im Fernsehen aufs Tableau. Mit „Zuhause nicht sicher?“ startete das Bundesfrauenministerium auch eine bundesweite Kampagne. In etwa 26.000 Supermärkten wurden Plakate im Kassenbereich, an den Ein- und Ausgängen und an den Schwarzen Brettern aufgehängt, die über Hilfsangebote informieren. Ähnliche Initiativen gab es auch auf Länderebene in Geschäften, Apotheken oder Arztpraxen.

## Krise in der Krise: Wo bekommt man Hilfe?

Doch wen rufen Frauen in der Krise an, wenn es brennt? Wie wichtig ist das Internet? Ein Frauenhaus oder eine Schutzwohnung sind generell keine Orte, die im Stadtbild bekannt sein sollten. Frauen müssen ins Netz, um Telefonnummern zu recherchieren, Kontakt aufzunehmen, sich über freie Plätze zu informieren. Ein Frauenhausaufenthalt ist eine in der Regel wohl bedachte Entscheidung, die die gesamte Lebenssituation auf den Kopf stellt. Hinzu kommt in Corona-Zeiten, dass sich manche Frauen vor einer Ansteckungsgefahr durch das oftmals beengte Zusammenleben fürchten, dann doch zuhause bleiben und die gewalttätige Partnerschaft in Kauf nehmen.

## Gang zum Supermarkt essenziell

Der Gang zum Supermarkt war für viele Frauen in den ersten Wochen der Pandemie die einzige Möglichkeit, ungestört zu telefonieren. Kurz und schnell mussten die Gespräche mit den Häusern und Beratungsstellen sein, wenn organisiert werden sollte, wann die Frauen vorbeikommen oder sich für ein längeres Telefonat verabreden können. Schier unmöglich für viele auch der Auszug, wenn der Partner oder die Partnerin im home office arbeitet und sie nie für ein paar Stunden alleine zuhause sind. Wichtig waren hier die Angebote der Onlineberatung. Still eine E-Mail tippen oder per Messenger mit der Berater\*in chatten, das war auch face to face im heimischen Wohnzimmer mit Mindestabstand möglich. Solche Hilfsangebote sind nicht zu unterschätzen, wenn die Krise Paare auf Gedeih und Verderb an die heimische Wohnung fesselt. Für einige Paare war das ein wochenlanger Alptraum.

## Hilfetelefon der Bundesregierung

Wer in den Online-Suchdienst seiner Wahl das Wort Frauenhaus eingibt, hat in der Regel das Hilfetelefon der Bundesregierung in seinen Ergebnissen relativ weit oben gelistet. Das Hilfetelefon ist



rund um die Uhr unter 08000/116 016 erreichbar und hilft regionale und lokale Angebote ausfindig zu machen. Es bietet 24 Stunden, rund um die Uhr und in 18 Sprachen Beratung für Betroffene, für deren soziales Umfeld und ist auch für Fachkräfte da. Während des Lockdowns im März und April kam es oft zu längeren Wartezeiten, denn die Nachfrage war groß.

## Beratungsanfragen stiegen an, Run auf Frauenhäuser blieb (bislang) aus

Was auch in den Paritätischen Strukturen spürbar war: Die Nachfrage nach Beratung rund um das Thema Gewaltschutz stieg an. Ob diese Kontakte noch „präventiv“ infolge einer verbalen Auseinandersetzung erfolgten, es bereits zu handfesten Auseinandersetzungen kam oder es um Alt- oder Neufälle geht, lässt sich nicht pauschal sagen, aber der von der Presse befürchtete Run auf die Frauenhäuser blieb (bislang) aus. Mit Blick auf Deutschland gilt jedenfalls, dass man nicht von einer flächendeckenden Zunahme von Aufnahmen in Frauenhäusern sprechen kann. In einigen Bundesländern und Regionen ist aktuell zwar eine Zunahme zu verzeichnen, aber längst nicht in allen. In manchen Regionen und Häusern sind die Zahlen noch gleichbleibend oder sogar eher rückläufig. Mittlerweile haben einige Frauenhäuser sogar Kurzarbeit angemeldet, da Frauen manche Häuser mit Blick auf Infektionsrisiken scheuen.

Klar gestellt werden sollte allerdings eines: Dass der befürchtete Run auf Frauenhäuser (bislang) ausblieb, lässt keine Schlüsse auf eine vermeintlich geringe Anzahl gewalttätiger Übergriffe zu. Das Gegenteil ist der Fall. Wir müssen mit einer hohen Dunkelziffer rechnen. Erste Zahlen belegen dies: Einer Umfrage der TU München und des RWI – Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge wurden rund 3 Prozent der Frauen in Deutschland in der Zeit der strengen Kontaktbeschränkungen zu Hause Opfer körperlicher Gewalt, 3,6 Prozent wurden von ihrem Partner vergewaltigt. In 6,5 Prozent aller Haushalte wurden Kinder gewalttätig bestraft. Engagierte Lobbyarbeit für Gewaltschutz ist deshalb von Nöten; gerade auch was eine mögliche „zweite Welle“ angeht. An der Systemrelevanz von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen sollte niemand mehr zweifeln.

**Katrin Frank ist Referentin für Familienhilfe/-politik, Frauen und Frühe Hilfen beim Paritätischen Gesamtverband**

# RASSISMUS KANN ÜBERWUNDEN WERDEN, WIR SOLLTEN UNBEDINGT SELBSTKRITISCHER WERDEN

Zurzeit wird sehr viel über Rassismus weltweit diskutiert. Menschen gehen auf die Straßen und demonstrieren für die Abschaffung von rassistischen Gesetzen, Praktiken und sogar Denkmälern. Anlass hierfür war der tragische Tod von George Floyd, einem schwarzen Amerikaner, der brutal vor den Augen der Öffentlichkeit von der Polizei ermordet wurde.

Die Ermordung von George Floyd ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Strukturen des Rassismus sehr wohl überall gegenwärtig sind. Dassogenannte Racial Profiling, bei dem Polizeibeamte und andere Sicherheitskräfte auf Basis von Stereotypen und äußerlichen Merkmalen handeln, ist auch in Deutschland eine Realität. Selbst meine Familie wurde mehrmals davon betroffen. Sehr oft kommen schwarze Menschen in unsere Beratungsräume und berichten von Schikanen und ungerechten Behandlungen. Die Folgen sind Wut, Trauer und Traumatisierung. Der Rassismus ist tief in der kolonialen Vergangenheit Europas verwurzelt. Es wurde bis heute nicht genug dafür getan, rassistische Strukturen und ungleiche Behandlung von Menschen aufgrund der Herkunft und der äußerlichen Merkmale zu bekämpfen. Rassismus ist ein System, in dem eine Gruppe von Menschen ihre Privilegien und Machtstrukturen auf Kosten von anderen Menschen stärkt und verfestigt. Rassismus bedeutet also weiße Privilegien und Machtstrukturen zu stärken und dadurch Ungerechtigkeit unbewusst oder bewusst zu ignorieren. Leider ist auch diese soziale Arbeit nicht frei davon. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem Thema muss vorangebracht werden.

Der alltägliche Rassismus, der auf der persönlichen und kulturellen Ebene stattfindet, kann nur beendet werden, indem Strategien entwickelt werden und der Austausch mit Betroffenen gesucht und gefördert wird. Privilegierte Menschen sollten ihre Denkmuster reflektieren und sich selbstkritisch betrachten, damit es eine individuelle Veränderung geben kann.



Vera Sompon

Bei der Überwindung des strukturellen Rassismus, der in den Praktiken und Routinen der Institutionen und in den Gesetzen verankert ist, fordern wir ein Umdenken. Unter anderem sollen Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser sowie politisch verantwortliche und gesetzgebende Menschen darauf achten, dass es zu keiner weiteren Benachteiligung kommt. Für die Betroffenen gleicht struktureller Rassismus einer weißen, felsenfesten Betonwand. Es verlangt sehr viel Kraft, Mut, Beharrlichkeit, Ausdauer und Engagement, um sich nicht von immer wieder neupraktizierten Ausgrenzungshandlungen demütigen zu lassen.

Als schwarze Frau in einer weiß dominierten Gesellschaft muss ich mich tagtäglich mit solchen Fragen auseinandersetzen. In diesem System haben bestimmte Menschen das Sagen. Sie regieren, herrschen, teilen ein, bestimmen, wer hereinkommen darf und wer nicht – und andere Menschen wiederum leiden unter diesen bewussten oder unbewussten, auch institutionellen und systematischen Unterdrückungsformen. Wir engagieren uns aber auch jeden Tag, um unsere Stellung in der Gesellschaft zu verbessern und eine bessere Welt für unsere Kinder zu schaffen.

Nelson Mandela hat in einer seiner Reden einmal gesagt: „Niemand wird geboren, um einen anderen Menschen zu hassen.“ Menschen lernen zu hassen. Wenn Menschen lernen zu hassen, dann können sie auch lernen zu lieben. „Die Liebe empfindet das menschliche Herz viel natürlicher als ihr Gegenteil.“ Jeder hat es





selbst es in der Hand, den Rassismus zu beenden. Jeder kann mit kleinen Schritten beginnen, genauer zuzuhören, statt abzuwerten, respektvoll zu bleiben und bei Bedarf auch Zivilcourage zu zeigen, wenn bestimmte Menschen offensichtlich diskriminiert werden. Rassismus ist nicht naturgegeben, er wurde von Menschen konstruiert und kann nur durch Menschen abgeschafft werden.

Es hängt von unserer Haltung und unserem Handeln ab. Ich möchte hier folgende Fragen in dem Raum stellen, und dass jede Person für sich selbst reflektiert:

- Wie gehen wir mit Rassismus in unserer Gesellschaft sowie in unseren Institutionen um und was tun wir konkret dagegen?
- Wie hindert Rassismus unsere gemeinsame Arbeit auch im sozialen Bereich?
- Wie sensibel gehen wir mit diesen Themen um?

Wie bereit sind wir, uns mit unseren eigenen Privilegien auseinanderzusetzen? Unsere gemeinsame Zukunft ist die Vielfalt. Wir sollten uns damit intensiver beschäftigen und denjenigen, die unter Rassismus leiden, eine Stimme geben. Dafür arbeiten wir in den Migrantenorganisationen mit Mut und Beharrlichkeit jeden Tag. Ich bin sicher, dass wir gemeinsam ein Weg finden werden, um eine gerechtere Welt zu erschaffen.

Vera Sompon

Sprecherin des Forums der Migrantinnen und Migranten  
im Paritätischen Gesamtverband



## RECHTSEXTREMISMUS

### SOZIALPOLITIK VON RECHTS AUSSEN – WAS STECKT DAHINTER?

Zum Allgemeinwissen gehört, dass Anhänger von politischen Parteien des rechten bis rechtsextremen Spektrums von deren Positionen zur Migrations- und Flüchtlingspolitik angezogen werden. Weniger bekannt, dass insbesondere der AfD hohe Kompetenzen in Fragen der sozialen Gerechtigkeit zugeschrieben werden. Wie Wahlanalysen zeigen, gelingt es der Partei sehr erfolgreich klassische Arbeitermilieus anzusprechen und sich Vertreterin des „Kleinen Mannes“ zu etablieren: unter Gewerkschaftsmitgliedern wird die AfD überdurchschnittlich häufig gewählt.

Ein Blick auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik im Grundsatzprogramm der Partei offenbart jedoch: Mit Forderungen nach weiterer Deregulierung des Arbeitsmarkts, steuerlicher Entlastung von Unternehmen und Besserverdienenden und nach umfassendem Rückbau des Staates weht ein scharf neoliberaler Wind durch das Werk.

Diesen Widersprüchen auf den Grund zu gehen, angewandten Strategien der Sozialpolitik von rechts und ihre Hintergründe zu verstehen und eigene Handlungsoptionen entwickeln, sich selbst sicher zu positionieren, war das Ziel eines Fachgesprächs, das der Paritätische gemeinsam mit der Diakonie Deutschland am 10. Juni online durchführte. Unter dem Titel „Sozialpolitik

von rechts – zwischen völkisch-national und marktradikal“ nahmen mehr als 60 Interessierte teil und beteiligten sich in den Diskussionsrunden und Workshops rege daran, daraus resultierende Herausforderungen für die Freie Wohlfahrtspflege zu diskutieren; für den Umgang auf kommunaler Ebene, wo rechtsextreme Akteur\*innen sich als „Kümmerer“ inszenieren, in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, nicht zuletzt im Feld der Renten- und Familienpolitik.

Gleichzeitig traten sie den Beweis an, dass eine umfangreiche und anspruchsvolle Veranstaltung auch über Online-Konferenz-Plattformen erfolgreich zu bestreiten ist: Bis zum Ende der Veranstaltung blieben die allermeisten dabei.

Fazit aus Sicht des Projekts „Beratung gegen Rechts“: Die diskutierten Ansatzpunkte, aufgeworfenen Fragen und genannten Klärungsbedarfe als Arbeitsauftrag wie Ansporn nehmen, eng am Thema dranbleiben und weitere Gelegenheiten schaffen, sich gegenseitig zu informieren und miteinander zu diskutieren.

Christian Weßling ist Referent für das Projekt „Beratung gegen Rechts“ beim Paritätischen Gesamtverband  
Info: Die Dokumentation zur Veranstaltung wird auf Anfrage unter [bgr@paritaet.org](mailto:bgr@paritaet.org) zur Verfügung gestellt  
Weitere Informationen auf [vielfalt-ohne-alternative.de](http://vielfalt-ohne-alternative.de)

# #100EuroMehrSofort

Mit einer repräsentativen Umfrage geht der Paritätische der Frage nach, ob die in Hartz IV und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorgesehenen Regelsätze zum Leben ausreichen. 80 Prozent der Bevölkerung sind der Ansicht: Nein, es braucht mehr Geld. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, kommentiert im folgenden Beitrag die Umfrageergebnisse und ordnet sie in die aktuelle Diskussion um die Bewältigung der Coronakrise und die Debatten um Konjunkturpakete für die deutsche Wirtschaft ein.

Bereits Anfang Mai hat der Paritätische gemeinsam mit Vertreter\*innen aus DGB, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Verbraucherschutzorganisationen, dem Deutschen Kinderschutzbund und dem Deutschen Kinderhilfswerk unter dem Motto #100EuroMehrSofort einen Aufruf für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und für Solidarität gerade auch mit den Ärmsten vorgelegt. Die Forderung: Eine sofortige Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV und Altersgrundsicherung um 100 Euro pro Kopf und Monat bis zur ohnehin gesetzlich geforderten Neufestsetzung der Regelsätze zum 1.1.2021 sowie eine sofortige entsprechende Leistungsanpassung beim BAföG und im Asylbewerberleistungsgesetz.

Zwischenzeitlich haben sich aktuell mehr als 30 Bundesorganisationen hinter die Forderung nach finanzieller Soforthilfe für Menschen, die auf existenzsichernde Grundleistungen angewiesen

sind, versammelt – von Attac, Foodwatch und Campact über AWO und Diakonie bis zu SoVD und dem VDK Deutschland, die zusammen Millionen Haupt- und Ehrenamtliche vertreten.

Die Ergebnisse unserer Umfrage bestätigen, dass die Kritik in der Bevölkerung geteilt wird.

Fragt man Menschen auf der Straße, sind es im Durchschnitt 728 Euro im Monat, die ein Alleinstehender – ohne Wohnkosten – braucht, um den Lebensunterhalt zu decken. Es sind nicht 432 Euro, wie die Statistiker des Bundesarbeitsministeriums glauben machen wollen und wie sie derzeit mit dem Regelsatz in Hartz IV und in der Altersgrundsicherung regierungsamtlich zur Sicherung des „soziokulturellen Existenzminimums“ vorgesehen sind. Dass man mit maximal 432 Euro über den Monat kommen könnte, glauben gerade einmal 20 Prozent der Befragten.

Im Schnitt gehen die Befragten von etwas über 300 Euro aus, die ein Erwachsener pro Monat für eine gesunde und ausgewogene Ernährung benötigt. Dass man sich als alleinlebender erwachsener Mensch von nur 150 Euro im Monat ausgewogen und gesund ernähren kann, glauben sogar nur 14 Prozent. Doch ist dies genau der Betrag, der nach den Berechnungen des Arbeitsministeriums dafür vorgesehen ist.

108 Euro im Schnitt pro Monat braucht man ihrer Ansicht nach für Kleidung. Der Regelsatz sieht gerade einmal 37,84 Euro vor. Das halten lediglich 5 Prozent der Bevölkerung für hinreichend.

Für Körperpflege- und Drogerieprodukte geben die befragten Personen im Durchschnitt ein benötigtes Budget von 47 Euro an. Im Regelsatz ist für Körperpflegeartikel lediglich ein Anteil von 15,12 Euro pro Monat veranschlagt. Nur 10 Prozent gehen davon aus, dass man mit weniger als 16 Euro im Monat für entsprechende Produkte hinkommt. Die Hälfte dagegen meint, dass sogar mehr als 50 Euro monatlich notwendig sind.



Durchschnitt ein benötigtes Budget





### Die Regelsätze in Hartz IV und Altersgrundsicherung bedeuten bittere Not

Im Grunde können die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage zu den Kosten des täglichen Bedarfs nicht überraschen: Das, was von der ganz großen Mehrheit der Bevölkerung als notwendiger Betrag angesehen wird, um den alltäglichen Lebensunterhalt zu decken, geht weit über das hinaus, was die Bundesregierung Menschen im Bezug von Hartz IV oder Altersgrundsicherung zubilligt. Nur ein äußerst kleiner Teil der Befragten nennt Beträge, wie sie sich derzeit in den Regelsätzen abbilden.

Es ist uns gerade in diesen Corona-Zeiten ein Anliegen, den politisch Verantwortlichen vor Augen zu halten, wie groß die Diskrepanz ist zwischen der Alltags-Expertise der Menschen in diesem Land und der vermeintlichen statistischen Expertise, nach denen die Regelsätze festgelegt werden.

Die Höhe der Regelsätze, dies zeigt die Umfrage einmal mehr in entblößender Klarheit, hat mit der Lebenswirklichkeit, mit Praxis und Alltagserfahrung der Menschen nichts zu tun. Die Regelsätze sind trickreich kleingerechnet, lebensfern und in keiner Weise bedarfsgerecht. Im Ergebnis handelt es sich bei den Regelsätzen um beschämende Armutssätze, die ein Leben mit Hartz IV oder in Altersgrundsicherung grundsätzlich zum mühseligen und zermürbenden Alltagskampf werden lassen. Zum Zeitpunkt der Umfrage (Anfang März) noch nicht einmal berücksichtigt sind zusätzliche coronabedingte Mehrausgaben wie etwa durch steigende Lebensmittelpreise oder für Schutzmasken und Desinfektionsmittel. In Krisen-Zeiten wie jetzt während der Corona-Pandemie bedeuten die viel zu geringen Grundsicherungsleistungen bittere, existenzielle Not.

### Es braucht finanzielle Soforthilfe für die Ärmsten

Trotz der offensichtlichen Notwendigkeit und des heftigen Drängens von allen Seiten wurde auch im Ende Juni verabschiedeten Konjunkturpaket (das sogenannte zweite Corona-Steuerhilfegesetz) keine finanzielle Soforthilfe vorgesehen für alle, die auf existenzsichernde Grundleistungen angewiesen sind. Immerhin

wird der geplante Kinderbonus auch Familien im Hartz-IV-Bezug zu Gute kommen. Doch Millionen arme Menschen ohne Kinder gehen bisher leer aus. Die mit dem Konjunkturpaket beschlossene Mehrwertsteuersenkung ist dabei nicht nur eine riskante Wette, bei der völlig offen ist, ob die gesparten drei Prozent in den Taschen der Verbraucher\*innen landen oder in den Kassen der Läden bleiben. Selbst wenn sie von den Unternehmen vollständig im Preis weitergegeben werden sollte, läge der Kaufkraftzugewinn in Hartz IV und Altersgrundsicherung für einen Single nach unseren Berechnungen gerade einmal bei 1,9 Prozent, konkret 8,20 Euro im Monat. Das ist angesichts der bitteren Not, die sich für die Betroffenen in der aktuellen Corona-Krise Tag für Tag verschärft, armutspolitisch außergewöhnlich ignorant. Ausgerechnet den Ärmsten wird Hilfe bisher hartnäckig verweigert. Die coronabedingten Kostensteigerungen und weggebrochene Hilfsangebote wie beispielsweise von Tafeln werden mit keinem Cent berücksichtigt. Es bleibt unbegreiflich, warum ein 130 Milliarden Euro schwere Konjunkturpaket geschnürt wird und dabei so viele Arme regierungsamtlich ignoriert werden.

Corona wirkt wie ein Brennglas, das soziale Schieflagen verschärft. Und: Corona birgt die reale Gefahr, dass unsere ohnehin tief gesplattene Gesellschaft an den Folgen der Krise auseinanderbricht. Menschen müssen ihr mühsam und wenig Erspartes aufbrauchen. Es sei daran erinnert, dass in Deutschland zwischen 30 und 40 Prozent der Haushalte praktisch von der Hand in den Mund lebt. Noch mehr Menschen werden Schulden machen müssen, einfach um ihren Alltag zu bewältigen. Die Quote der überschuldeten Menschen, die mit 10 Prozent jetzt schon erschreckend hoch ist, wird weiter steigen und die Zahl der Armen, derzeit bei 15,5 Prozent wird ebenfalls noch weiter in die Höhe gehen, wenn die Bundesregierung nicht sofort und massiv gegensteuert.

Deshalb werden wir auch weiter auf allen Ebenen appellieren und nicht locker lassen: Vergesst die Armen nicht!

Ulrich Schneider

#### NEUE KAMPAGNE

#### HARTZ 4 UND DER TAG GEHÖRT DIR?

Vorurteile haben wir genug, aber entsprechen die auch der Realität? Gemeinsam mit sanktionsfrei macht der Paritätische Gesamtverband den Faktencheck und startet Anfang Juli eine Plakatkampagne.

Alle Infos ab dem 7. Juli auf der Aktionswebseite:

[WWW.HARTZFACTS.DE](http://WWW.HARTZFACTS.DE)



## ARGUMENTE GEGEN ALTERSARMUT

### Rezension zum Buch von Holger Balodis und Dagmar Hühne (2020): „Rente rauf! So kann es klappen“.

Angst vor Armut im Alter ist in den vergangenen Jahren zu einer verbreiteten Sorge geworden. Das kommt nicht von ungefähr: Mit der Einführung der Riester-Reformen in der Alterssicherung wurde die Gesetzliche Rentenversicherung als gemeinsames Alterssicherungssystem geschwächt, ohne dass alle Menschen die Möglichkeit hatten, alternative Vorsorgeformen zu nutzen. Das hat mit dazu beigetragen, dass sich das Risiko von Armut im Alter seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt hat. Es ist ein Teufelskreis: mit der Schwächung der Rentenversicherung sinkt das Vertrauen in die Rente, mit dem sinkenden Vertrauen wird die Rente weiter geschwächt. Um verlorenes Vertrauen wieder herzustellen, scheint mindestens dreierlei nötig: Das Aufzeigen einer Perspektive, was nötig wäre, wie das konkret ginge und wer dazu beitragen kann. Diese drei „W“ bilden einen Dreischritt, dem das vorliegende Buch „Rente rauf! So kann es klappen“ von Holger Balodis und Dagmar Hühne folgt. Beide sind journalistisch profilierte Expert/innen in allen Fragen der Alterssicherungspolitik, seit über 30 Jahren auf diesem Themenfeld aktiv, u.a. für verschiedene Magazine der ARD, auch für die Verbraucherzentralen.

#### Höhere Rente in Österreich

Im ersten Teil des Buches werden in einem 8-Punkte-Programm Vorschläge entfaltet, wie bessere Renten erreichbar sind. Praktische Beispiele dafür gibt es: Die monatlichen Renten in Österreich etwa sind bei annähernd vergleichbaren wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen im Schnitt mehrere hundert Euro höher als in Deutschland. Das ist auch deshalb möglich, weil Österreich ein einheitliches, verpflichtendes Alterssicherungssystem hat. Alle zahlen ein, mit höheren Beiträgen als in Deutschland, aber dafür ohne den Druck, zusätzliche private Versicherungen abschließen zu müssen. Hintergründe werden in dem Buch erläutert, politische Entwicklungen und Positionen dargestellt.

Wie die Rente „funktioniert“, was das vielzitierte Rentenniveau ist, was sich hinter einer „Entgeltumwandlung“ verbirgt und warum sichere Renten auch bei einer alternden Bevölkerung möglich sind, ist Gegenstand der Ausführungen im zweiten Teil des Buches. Auf knappen Raum werden hier grundlegende Mechanismen der Altersvorsorge dargestellt. Das ist verdienstvoll, denn es mangelt an gut verständlichen und dennoch inhaltlich gehaltvollen Darstellungen. So wird betont, dass die Finanzierbarkeit der Rente nicht nur vom Altern der Bevölkerung, sondern auch von der Erwerbsbeteiligung der Menschen und der wirtschaftlichen Produktivität abhängt. Seit 1960 habe sich zwar



der Anteil der über 65-Jährigen verdoppelt, dennoch hätten bei vergleichbaren Beitragsbelastungen längere Bezugszeiten finanziert und Leistungen ausgeweitet werden können.

#### Auch Paritätische Positionen finden Platz

Ein dritter Teil des Bandes widmet sich den Positionen von Organisationen, die eine fortschrittliche Rentenpolitik fördern. Neun Organisationen, darunter auch der Paritätische Wohlfahrtsverband, werden mit ihren Positionen dargestellt. Diese finden sich in aufbereiteter Form auch kostenlos im Internetangebot des Paritätischen. Die alterssicherungspolitischen Positionen des Verbandes finden sich etwa in der Broschüre „Mut zur Korrektur: ein alterssicherungspolitischer Auftrag“. Eine praktische Handreichung, welche Rechte und Ansprüche bestehen, wenn die Rente schon jetzt nicht reicht, finden sich in einem Paritätischen Ratgeber zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der ebenfalls kostenlos zum Download (Auf [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org) unter „Publikationen“) bereitsteht.

Das Buch zeigt, dass eine andere Alterssicherungspolitik möglich ist, es klärt auf und ermutigt. Es ist ausgesprochen faktenreich, nahezu ein Viertel des Buches entfallen auf Anmerkungen, Nachweise und Literatur. Wer sich für die aktuelle alterssicherungspolitische Debatte interessiert und wer Argumente und Alternativen in übersichtlicher Form kennenlernen will, der wird in dem neuen Buch von Dagmar Hühne und Holger Balodis fündig.

**Dr. Joachim Rock ist Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband**

#### WEITERE INFORMATIONEN

Holger Balodis und Dagmar Hühne (2020): „Rente rauf! So kann es klappen“. 224 Seiten. DVS Sabine Krüger, Frankfurt am Main. 18,00 Euro. ISBN: 978-3-932246-98-2.





## PROF. DR. ROLF ROSENBRÖCK IM INTERVIEW

**Am 1. Mai 2020 wurde der Vorsitzende des Paritätischen Gesamtverbandes, Prof. Dr. Rolf Rosenbrock 75 Jahre jung. Wegen Corona mussten die geplanten Feierlichkeiten abgesagt werden. Dennoch ein guter Anlass, um auf ein umtriebigeres Leben zurück- und in die Zukunft zu blicken.**

**Herr Prof. Dr. Rosenbrock, am 1. Mai wurden Sie 75 Jahre alt. Haben Sie diesen besonderen Tag trotz Corona und Kontaktverbot angemessen feiern können?**

Mein Mann und ich haben in der gleichen Woche Geburtstag. Also wollten wir zusammen ein großes Fest feiern. Der Paritätische wollte für mich ein Symposium zum Verhältnis zwischen Markt und Zivilgesellschaft in der Daseinsvorsorge veranstalten. Beides musste abgesagt werden, das war traurig aber nötig. Wir haben dann unsere Geburtstage in sehr kleinem Kreis gefeiert. Das war auch sehr schön.

**Eigentlich haben Sie ja eine kaufmännische Ausbildung gemacht. Wie kam es eigentlich dazu, dass Sie dann doch noch einmal studiert haben?**

Nach dem Abitur hatte ich keine Ahnung, was ich machen sollte und war auch politisch noch voll doof. Da bin ich dem guten Rat gefolgt, erstmal eine Lehre zu machen. Das war für meine per-

sönliche Entwicklung richtig gut, weil ich unterwegs ein reges Interesse an Organisationen und am Organisieren entwickelte und deshalb Karriere als Manager machen wollte. Deshalb habe ich erstmal Betriebswirtschaftslehre studiert, ab 1966 in Berlin (West), und mich dort sehr schnell in der entstehenden Studentenbewegung engagiert. Das Berufsziel ‚Manager‘ war damit auch erledigt. Nach dem Diplom 1972 war Chile für mich das Land der Wahl: eine 1970 frei gewählte sozialistische Regierung, die unter Wahrung der Gewaltenteilung, des Rechtsstaates und der Grundrechte entschiedene Schritte in der Landreform und der Industriepolitik unternahm und gleichzeitig großartige Reformen in Bildung, Kultur, Frauenrechten und vielem mehr unternahm. Da war echt was los und die Welt erschien offen. Deshalb habe ich Spanisch gelernt und mir ein Stipendium für ein wirtschaftspolitisches Thema in Chile besorgt und wollte meine Arbeit dort schreiben.

**Was ist denn aus diesem Plan geworden?**

Ich kam Mitte Oktober 1973 mit dem Schiff in Chile an, fünf Wochen nach dem von den USA unterstützten Militärputsch. Unter dem Eindruck des Militärterrors zur Wiederaufrichtung der alten Ordnung war meine Doktorarbeit gegenstandslos geworden. Stattdessen habe ich zusammen mit drei weiteren Deutschen (ausländische Pässe waren sehr hilfreich) humanitäre Arbeit gemacht, Menschen vor der Verfolgung in Botschaften oder durch Ausreise in Sicherheit gebracht, ich konnte wöchentlich zwei Gefängnisse besuchen, wir haben demokratischen Journalisten bei ihren Recherchen unterstützt, Berichte für die Chile-Bewegung in Deutschland geschrieben und auch dort gesammeltes Geld hoffentlich sinnvoll weitergegeben. Nach der Großmäuligkeit in der Studentenbewegung war die klandestine Arbeit ein für mich wichtiges Kontrastprogramm. Gelernt habe ich dort nicht nur, wie gnadenlos brutal der Widerstand gegen tiefgreifende gesellschaftliche Reformen sein kann, sondern auch, dass politisches Engagement auch unter extrem schwierigen Bedingungen möglich und sinnvoll ist.

### Was genau hat Sie an den Gesundheitswissenschaften als Politikwissenschaftler interessiert?

Durch die Studentenbewegung bin ich darin trainiert, jeden Untersuchungsgegenstand in seinen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu sehen und auf Verbesserungspotenziale zu fokussieren. Ich habe zuerst mit kritischen Mediziner\*innen über Reformen der Pharma-Industrie und der Krankenversorgung geforscht. Mit zwei politischen Resultaten: die Krankenversorgung und ihre Finanzierung sind mit einem Primat von Marktlogik und Wettbewerb nicht wirklich zu reformieren. Das Zweite: die individuelle Krankenversorgung, so unverzichtbar sie ist, bleibt machtlos vor den wichtigen Größen, die die gesundheitliche Lage einer Bevölkerung und auch die sozial bedingte Ungleichheit bestimmen. Damit war ich im Forschungs- und Politikfeld Prävention, Gesundheitsförderung, Selbsthilfe und natürlich beim Thema gesundheitsförderliche Gesamtpolitik. Aus beidem folgt letztlich, dass die großen Entscheidungen über Gesundheitschancen und Ungleichheit immer Ergebnisse politischer, d.h. interessenbezogener und Macht ausgeprägter Auseinandersetzungen sind. Wer die gesundheitliche Lage verbessern will, muss sich in die Politik einmischen.

### Ab den Achtzigern waren Sie sehr aktiv im Anti-HIV/AIDS-Bereich. Warum war Ihnen das Thema wichtig?

Durch den engen Zusammenhang zwischen Gesundheit und Bürgerrechten in den Strategien gegen Aids war die Politikabhängigkeit der Strategiefindung von vornherein offenkundig. Meine These, die sich dann auch nach einigen Kämpfen durchsetzte, war, dass die gesellschaftliche Lernstrategie sowohl die Bürgerrechte schützt und erweitert als auch die effektivste Prävention ist. Aids zeigte auch, dass der gleichberechtigte Dialog mit den hauptsächlich betroffenen Gruppen und demokratische Partizipation Voraussetzungen für gesellschaftlichen Frieden und gesundheitlicher Wirksamkeit sind.

### Derzeit erleben wir wieder eine Pandemie. Auch wenn Corona nicht AIDS ist: Was können wir heute von der damaligen Pandemie lernen?

Aus der Aids-Politik der 80er und 90er Jahre ließe sich viel für den Umgang mit Corona lernen, und ich erlebe gerade, wie schwierig es ist, diese Erinnerung in der Politik zu re-aktivieren. Wenn man die Kriterien der Aids-Politik – Wissensbasierung, Transparenz, faire Kooperation, Nicht-Diskriminierung und Freiwilligkeit – zugrunde legt, dann fallen Corona-Politik und Risiko-Kommunikation heute an vielen Punkten dahinter zurück, und zwar auch da, wo es leicht besser zu machen wäre. Zumal der Aspekt der Minderheiten-Diskriminierung bei Corona eine viel geringere Rolle spielt.

### Seit 2012 sind Sie Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes. Wie kamen Sie eigentlich zum Paritätischen?

Die frühere Vorsitzende Barbara Stolterfoht kenne und schätze ich seit Jahrzehnten. Durch sie bin ich mit dem Paritätischen in-

haltlich vertraut geworden. Als 2012 Kandidat\*innen für den Vorsitz gesucht wurden, wurde ich gefragt. Da ich gerade in Rente gegangen war, passte es auch zeitlich. Inhaltlich sowieso: der Paritätische als Selbstorganisation der Zivilgesellschaft arbeitet not for profit an zentralen Problemen meines Lebens. Der sozial bedingten Ungleichheit auf der Grundlage von Partizipation und Ressourcenförderung - mit vielen inspirierend kreativen, motivierten und qualifizierten Menschen im Haupt- und Ehrenamt. Das ist eine Umgebung, in der ich mich menschlich, fachlich und politisch wohlfühle.

### Nach wie vor sind Sie ja auch sehr aktiv, wie man regelmäßig auch hier in diesem Magazin nachlesen kann. Hand aufs Herz: Denken Sie manchmal an Ruhestand?

Natürlich habe ich nicht mehr so viel Energie und Kraft wie vor 20 oder 30 Jahren. Aber ohne die Arbeit an meinen Themen zusammen mit Gleichgesinnten und fröhlichen Menschen ginge es mir bestimmt deutlich weniger gut. Solange Körper, Geist und Seele das erlauben, ist das Ehrenamt an der Spitze des Paritätischen für mich das Richtige – und hoffentlich auch eine Win-win-Situation für beide Seiten.

### Wenn Sie ein einziges Gesetz ändern oder abschaffen könnten: Welches wäre das?

Meine jahrzehntelange Erfahrung in Analyse, Forschung und Politikberatung sagen mir, dass es dieses eine Gesetz nicht gibt, wenn es nicht Teil einer Strategie ist, die dann auch andere Gesetze und auch andere Akteure und Aktionsformen einbezieht. Zentral ist für mich das Problem der wachsenden Ungleichheit von Chancen und Ressourcen. Da kann man sicherlich erstmal gut bei den Hartz IV-Regelsätzen ansetzen, kommt dann aber rasch zur Steuerpolitik (Umverteilung) und sieht, dass Fortschritte hier nur auf Druck einer breiten sozialen Bewegung zu erzielen sind.

Die Fragen stellte Philipp Meinert





# BUND UND PARITÄT GEMEINSAM FÜR #ÖKOSOZIAL

Es geht nicht nur sozial, es geht auch nicht allein ökologisch – es geht nur ökosozial. Mit dieser Botschaft hat sich der Paritätische Anfang Juni in die Debatte um das Konjunkturprogramm der Bundesregierung eingemischt. Gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) haben wir dabei konkrete Vorschläge gemacht, wie die Bundesregierung gleichermaßen die Konjunktur ankurbeln und den Einstieg in eine sozial-ökologische Wende schaffen kann. Denn nicht zuletzt die jüngsten Erfahrungen mit der Corona- Pandemie machen deutlich: Wir müssen die Gesundheit und die Bedürfnisse von Menschen wieder in den Mittelpunkt unseres Wirtschaftens rücken. Damit unsere Gesellschaft gerechter, gesünder, ökologischer und widerstandsfähiger gegen Krisen wird, sprechen die Vorschläge für ein ökosoziales Konjunkturpaket eine ganze Breite von Themen an: Armut, Pflege, Gesundheit, Wohnen und Bildung, aber auch Energieversorgung, Landwirtschaft und Verkehr.

Mit den gemeinsamen Forderungen zeigte sich ein weiteres Mal, dass die Zusammenarbeit mit Umweltakteuren für den Paritätischen sehr vielversprechend ist. Bereits Anfang Mai hatten Ulrich Schneider und Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND, in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeinen Zeitung dargelegt, dass Umwelt- und Sozialthemen vor allem auch dort eine große Gemeinsamkeit haben, wo es um grundsätzliche Fragen der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft geht. Am Beispiel der Energiewende auf



Paritärer\*innen auf der großen Klimaschutz-Demo Ende November 2019 in Berlin

der einen Seite und Gesundheit und Pflege auf der anderen Seite legten sie dar, welche negativen Konsequenzen die Ökonomisierung und Privatisierung, der unbedingte Glaube an die vermeintlichen Kräfte des Marktes in allen gesellschaftlichen Bereichen, für das gesellschaftliche Wohlergehen hat. Der gemeinsame Beitrag ist auch auf dem Paritätischen Blog veröffentlicht.

Auch in und mit der Klima-Allianz - deren Mitglied der Paritätische seit April 2020 ist - setzen wir uns für den Schulterschluss zwischen Sozialem und Umwelt ein. Gemeinsam mit fünf weiteren Mitgliedern der Allianz haben wir in Reaktion auf das Konjunkturprogramm mit einem gemeinsamen Papier gefordert, dass die Bereiche Gesundheit, Soziales und Klimagerechtigkeit stärker zusammengedacht und berücksichtigt werden. Die Forderung: Das Konjunkturprogramm muss in diesem Sinne nachgebessert werden.

Aber nicht nur mit Verbänden, sondern auch mit den Klima-Aktivist\*innen von Fridays For Future kommt es vermehrt zum Austausch. ImEbenfalls im Vorfeld der Verhandlungen zum Konjunkturpaket hatte der Paritätische auf einer Pressekonferenz gemeinsam mit Fridays for Future und ver.di Forderungen und Erwartungen an die soziale und ökologische Ausgestaltung der Maßnahmen formuliert. Ökosozial gerät einiges in Bewegung in letzter Zeit. Immer stärker setzt sich bei zivilgesellschaftlichen Akteuren der Gedanke durch, dass es ein gemeinsames Auftreten braucht, damit Soziales und Klima nicht gegeneinander ausgespielt werden. Aus sozialer Sicht wird deutlich, dass die ökologische Wende in unserem gesellschaftlichen Leben und Wirtschaften nur als so-

zial-ökologische denkbar ist. Denn mit wirksamem Klimaschutz sind Kosten verbunden und die Frage, wer diese tragen kann und sollte, ist eine zentrale sozialpolitische Frage. Wird Klimaschutz, sei es der Abschied aus der fossilen Energiegewinnung, die Bepreisung von CO<sub>2</sub> oder die energetische Sanierung von Wohnungen, ohne Blick für bestehende und entstehende Ungleichheiten gemacht, dann belastet er gerade diejenigen, die ohnehin schon wenig haben. Wenn Klimaschutz existentielle Güter wie Nahrung, Wohnen oder Mobilität verteuert ohne einen adäquaten sozialen Ausgleich zu leisten, dann wirkt er spaltend auf diese ohnehin schon ungleiche Gesellschaft. Organisationen der Sozialen Arbeit können dabei nicht nur einiges zu einer klimaund umweltfreundlichen Gesellschaft beitragen, sie können auch selbst davon profitieren. Mindestens fünf Gründe, die im Paritätischen Blog weiter ausgeführt sind, sprechen dafür: Es gibt eine breitere gesellschaftliche Sensibilität für soziale Ungleichheiten, Mobilität wird neu gedacht, die örtliche Infrastruktur erlebt eine Revitalisierung, neue sozial-ökologisch Engagierte tauchen auf, das Gemeinwohl gewinnt neu an Bedeutung. Ökosozial gerät einiges in Bewegung – gerade für das kommende Jahr bis zur Bundestagswahl 2021 ist dies ein wichtiges und ermutigendes Zeichen.

Dr. Jonas Pieper ist Referent für übergreifende Fachfragen beim Paritätischen Gesamtverband.

Mehr Informationen zum Thema unter <https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/klimaschutz/>

# DREI FRAGEN AN OLAF BANDT, BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ DEUTSCHLAND – BUND E.V.

# #ÖKO SOZIAL



**Olaf Bandt ist Dipl. Ing (FH) für Umwelt- und Hygiene-technik und ausgebildeter KFZ-Mechaniker. Er ist seit 1992 bei der Umweltorganisation BUND e.V.. Er begann als Campaigner für Abfallvermeidung und wurde 2008 Bundesgeschäftsführer Politik & Kommunikation des BUND. Seit 2019 ist er der Vorsitzende.**



**Herr Bandt, in den letzten Jahren wurde Sozialpolitik und Umweltpolitik nur selten zusammengedacht. Warum ändert sich gerade das Bewusstsein?**

Soziale Gerechtigkeit hat eine ökologische Dimension so wie Umweltschutz eine zutiefst soziale Dimension hat. Unter dem wachsenden Handlungsdruck, der durch globale Krisen Klimawandel und Artensterben aber auch durch Kinderarmut und Pflegenotstand entsteht, müssen sich ökologische und soziale Aspekte in Zukunft noch stärker verzahnen. Für den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) war der ökologische und soziale Umbau unserer Gesellschaft schon immer zentral: Unsere Art zu wirtschaften und unser Verständnis von Wohlstand und Wachstum müssen sich grundlegend ändern, wollen wir den Planeten und unsere Existenz ohne massive soziale Verwerfungen retten. Die Proteste um den Hambacher Wald, die Dürresommer, das wahrnehmbare Verschwinden der Insekten in der Natur – das alles hat zu einem gesellschaftlichen Ruck geführt und zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung im vergangenen Jahr. Im Zuge dessen entstehen auch neue gesellschaftliche Projekte.

**Unter Verbänden und NGOs sind derartige Bündnisse aber noch selten. Wie kam es zum gemeinsamen Papier zwischen dem Paritätischen und BUND?**

Der BUND und der Paritätische sind schon lange im Gespräch miteinander: im Bündnis Reichtum Umverteilung, bei den Anti-TTIP Protesten oder im Beirat eines Forschungsprojektes, in dem es um den Aufbau neuer gesellschaftlicher Allianzen geht. Als BUND stehen wir für einen glaubhaften sozial-ökologischen Aufbruch. Eine echte gesellschaftliche Transformation und nicht für etwas grünen Lack hier und da. Mit unseren mehr als 600.000

Unterstützer\*innen wollen wir diese politische Debatte sichtbar machen. Aber ein solches Mammutprojekt kann keine Organisation alleine stemmen. Wir freuen uns daher sehr, mit dem Paritätischen einen starken Partner gefunden zu haben, der den Mut aufbringt, sich auch unbequemen Debatten zu stellen, gemeinsam neu zu denken und gestaltend nach vorne zu schauen. Wir haben in der Zusammenarbeit an dem Papier inhaltlich extrem voneinander profitiert und das Ergebnis gibt uns recht: Mein Eindruck ist, dass BUND und Der Paritätische gemeinsam die öffentliche Debatte um die Bewertung des Konjunkturprogramms entscheidend prägen konnten.

**Umweltschutz war im vergangenen Jahr ein großes Thema. Dann kam Corona. Glauben Sie, dass es wieder die Relevanz bekommt wie in den Jahren davor?**

Umweltschutz ist kein Trendthema, dazu ist das Bedrohungsszenario zu konkret und zu existenziell. Zwar hat Umweltschutz durch Corona kurzzeitig an medialer Präsenz eingebüßt, aber nicht an Relevanz – im Gegenteil: SARS CoV-2 ist eine sogenannte Zoonose, eine Infektionskrankheit, die wahrscheinlich von Wildtieren auf den Menschen übertragen wurde. Der Ursprung von Corona liegt in unserem Umgang mit der Natur – wir Menschen verändern Lebensräume wie niemals zuvor. Wir verändern sie für unsere Zwecke, zerstören damit ursprüngliche Gefüge, so dass die Gefahren steigen, die von Zoonosen ausgehen. Der Zusammenhang ist klar: Bringen wir unsere Natur aus dem Gleichgewicht, so bringen wir uns auch als Menschen in Gefahr. Dabei ist die Zerstörung von Natur und Umwelt eine direkte Konsequenz unserer Wirtschaftsweise. Wir leben in einem System, das auf Wachstum zwingend angewiesen ist, aber das aus ökologischer Sicht schrumpfen muss. Wir müssen Wege finden, wie das möglich ist, ohne dass Menschen die bereits in Armut sind, ins Bodenlose fallen. Wir denken, dass wir dazu unsere Art zu wirtschaften ändern müssen. Wir müssen zu einer sozial-ökologischen Gemeinwirtschaft kommen, die sich an tatsächlichen menschlichen Bedarfen und Bedürfnissen orientiert. Eine Gemeinwirtschaft, die den Gestaltungswillen von Bürgern entfacht und ihnen echte Mitentscheidung ermöglicht. Gerne wollen wir diesen Aufbruch mit dem Paritätischen als Partner gestalten.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

# PARITÄTISCHER POSITIONIERT SICH ZU MITSCHULDEN IN CORONA-ZEITEN

**Am 19. Juni 2020 setzte sich der Vorstand des Paritätischen Gesamtverbandes in einer Positionierung für Mieter\*innen ein, die durch die Corona-Pandemie in Zahlungsschwierigkeiten bei ihrer Wohnung kommen. Wir dokumentieren den Beschluss in gekürzter Fassung. Die gesamte Position finden Sie auf [paritaet.org](http://paritaet.org)**

## Ausweitung des Kündigungsschutzes

a) Mit dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Covid 19-Pandemie Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht wurde u.a. das Recht des Vermieters zur Kündigung von Mietverhältnissen über Wohn- und Gewerbeflächen befristet eingeschränkt. Demnach dürfen Vermieter wegen Mietschulden aus dem Zeitraum vom 1. April 2020 bis 30. Juni 2020 das Mietverhältnis nicht kündigen, sofern die Mietschulden auf den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beruhen. Die Miete muss trotzde bis zum 30.06.2022 zurückgezahlt sein, sonst droht die Kündigung der Wohnung.

**Forderung:** Es ist nicht abzusehen, wie lange die Corona-Pandemie und die damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen noch andauern werden. Aufgrund von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit werden die Mieter auch nach Juni 2020 vielerorts in finanziellen Schwierigkeiten sein und ihre Miete teilweise oder vollständig nicht zahlen können. Deshalb ist der Zeitraum, in welchem coronabedingte Mietschulden entstehen können und das Kündigungsrecht des Vermieters eingeschränkt ist, mindestens bis zum September 2020 auszudehnen. Je nach Lage der Pandemie und anhaltenden wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Mieter und Gewerbemieter\*innen, ist dieser Zeitraum weiter auszudehnen. Verzugszinsen sind abzulehnen.

b) Nach dem Wortlaut des Gesetzes kann jedoch gekündigt werden, wenn sich der Mieter bereits vor dem 1.4.2020 in Zahlungsverzug befand, die Höhe dieses Zahlungsverzugs jedoch noch keine Kündigung rechtfertigte. Wird dieser - die Kündigung auslösende - Mietrückstand nun durch nach dem 1.4. coronabedingte (Teil-)Verzüge erreicht, ist eine Kündigung möglich. Gleiches gilt für die Fälle, in denen Mieter nach dem 30.06.2020 zusätzliche Mietrückstände anhäufen und sich dadurch Rückstände summieren, die eine Kündigung insgesamt rechtfertigen.

**Forderung:** Der Schutz vor Kündigungen wegen pandemiebeding-



ter Mietzahlungsschwierigkeiten im Zeitraum von April bis Juni 2020 muss auch auf solche Mieter bzw. Rückstände ausgedehnt werden, die bereits vor dem 1.4. bestanden bzw. nach dem 30.6. entstehen. Es kann nicht sein, dass durch die Corona-Krise bedingte Mietrückstände mit anderen (Teil-)Rückständen summiert werden und dem Mieter infolge der Krise letztlich doch gekündigt werden kann.

c) Darüber hinaus ist die derzeitige Rechtslage zum Kündigungsschutz grundsätzlich nicht ausreichend. Dies gilt zwar unabhängig von der Corona-Krise, wird jetzt aber umso deutlicher. Spricht der Vermieter wegen Zahlungsverzugs eine ordentliche und außerordentliche Kündigung aus, heilt eine Zahlung der Mietschulden innerhalb der Schonfrist nur die außerordentliche Kündigung. Die ausgesprochene ordentliche Kündigung bleibt dennoch bestehen.

**Forderung:** Dauerhaft muß es möglich sein, dass bei bestehenden Zahlungsrückständen die Heilungsmöglichkeiten der außerordentlichen Kündigung auch für die ordentliche Kündigung gelten.

## Schaffung eines Wohnen-Hilfsprogramms

Diskussionsstand: Um Mieter\*innen zu unterstützen, die angesichts der Corona-Pandemie besonders von geminderten oder ausbleibenden Einnahmen betroffen sind, werden derzeit verschiedene Konstrukte eines Wohnen-Fonds diskutiert. Vorschläge dazu liegen u.a. von den Bundestagsfraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke sowie dem Deutschen Mieterbund vor.

**Forderung:** Um Mieter angesichts krisenbedingter Zahlungsschwierigkeiten zielgerichtet zu entlasten, Vermieter im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit heranzuziehen und zugleich sicherzustellen, dass sozial verantwortlich agierende Vermieter vor wirtschaftlichen Nöten bewahrt werden, wird folgende Kombination aus Mietsenkung und Fonds für bestimmte Vermieter vorgeschlagen:

Eine bundesweite Mietsenkung um bis zu 30 % oder 40 % erfolgt für solche Mieter, die aufgrund der Corona-Pandemie - bspw. durch Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit - Einnahmeverluste verzeichnen und in Mietzahlungsschwierigkeiten geraten. Dies gilt auch für gemeinnützige soziale Träger und Einrichtungen, wenn diese Räumlichkeiten (gewerbemietrechtlich) anmieten, um sie an Menschen mit Wohnbedarf weiterzuvermieten oder um Beratungs- und Teilhabebedarf sicherzustellen.

Vermieter, die wegen pandemiebedingter geminderter oder wegfallender Mieteinnahmen in eine wirtschaftliche Not geraten, soll finanzielle Unterstützung zukommen. Diese ist an ein gutes und sozial verträgliches Wirtschaften des Empfängers zu knüpfen. Die Unterstützung wird nicht geleistet, wenn Vermieter Dividenden ausschütten und dabei bspw. auf die Rückzahlung gestundeter Mietzahlungen bestehen. Die Unterstützung wird ebenfalls nicht geleistet, wenn die Vermieter über eigene hohe finanzielle Rücklagen verfügen, mit Wohnraum spekulieren oder horrenden Mietpreise bzw. -preiserhöhungen durchsetzen. Anspruchsberechtigt sollen dagegen ausdrücklich auch gemeinnützige soziale Einrichtungen sein, soweit sie als Vermieter auftreten und in eine entsprechende Notlage geraten.





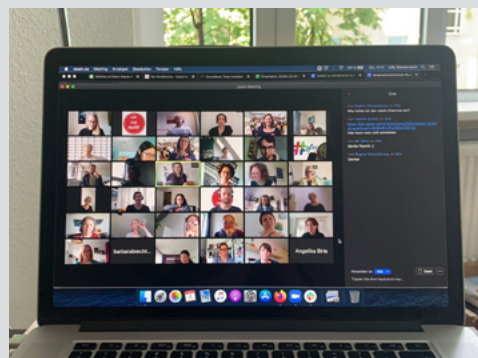
WIR SIND PARITÄT

SCOUT-CAMP 2020 ... DANN HALT DIGITAL!

Vor einem Jahr haben wir das Online-Scout-Programm des Projektes #GleichImNetz mit einem großen Kennenlernen in Berlin gestartet. Ein Jahr lang haben wir seitdem zusammengearbeitet und uns zu allen möglichen Themen im Bereich Social Media und Digitalisierung ausgetauscht.

Für diesen Sommer hatten wir ein großes Wiedersehen in Potsdam geplant, das Scout-Camp 2020. Aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie haben wir die Präsenzveranstaltung natürlich abgesagt und erst mal alle Pläne auf Eis gelegt. Doch das Scout-Camp sollte trotzdem stattfinden, unser Motto: Dann halt digital!

Das Programm war wie schon im vergangenen Jahr voll gepackt: es gab eine Storytelling-Hashtag-Challenge zum Thema Gemeinschaftsgefühl, in Kleingruppen entwickelten die Online-Scouts gemeinsam Kampagnenideen zu einer #WirSindParität-Aktionswoche. Die vielfältigen Kampagnenansätze wurden am nächsten Tag im Plenum gepitcht und direkt im Anschluss wählten die Teilnehmer\*innen die drei besten Konzepte per Online-Voting. Nach dieser intensiven Arbeitsphase widmeten wir uns dem Thema „Nonliner ins Netz holen“. Auch der Spaß sollte nicht zu kurz kommen – immer wieder waren Slots zur Entspannung und Unterhaltung eingeplant. Wir haben unseren Nachbarn auf dem Bildschirm zugewunken, ge-



meinsam getanzt, aus Gegenständen unserer Umgebung eine Urlaubsszenerie gebastelt und noch mehr getanzt.

Wir haben zwei intensive, produktive und schöne Tage miteinander verbracht, bei denen uns die Technik zum Glück auch nur ein Mal kurz im Stich gelassen hat. Unser Team war sich einig: Das digitale Scout-Camp war ein voller Erfolg!

Natürlich hätten wir uns viel lieber so ganz real wiedergetroffen und gemeinsam zwei Tage in Potsdam verbracht. Aber wir haben das Beste daraus gemacht und auch digital eine tolle Stimmung und das Gefühl von Zusammenhalt geschaffen, um weiter voneinander zu lernen, um uns online zu engagieren und gemeinsam mehr Soziales in die Sozialen Netzwerke zu bringen!

Lena Plaut

# NEUE STRUKTUR IM GESAMTVERBAND



Ab Juli 2020 gibt es einige organisatorische und personelle Änderungen im Paritätischen Gesamtverband.



Joachim Hagelskamp

Finanzdirektor **Claus Helmert**, der in den Ruhestand geht, folgt zum 1. Juli **Joachim Hagelskamp**, bisher Leiter der Abteilung Gesundheit, Teilhabe und Dienstleistungen, als Leiter der neu strukturierten Abteilung Finanzen und Verwaltung. Die Abteilung ist ab sofort u.a. auch für die Bereiche Soziallotterien/Stiftungen, Personal und IT zuständig und künftig in Gruppen mit Teamleitungen organisiert. Die Funktion der Verwaltungsleitung soll nach den Vorstellungen der Geschäftsleitung **Martin Wißkirchen** übernehmen.



Lisa Marcella Schmidt

Die Leitung der neuen Fachabteilung Gesundheit, Teilhabe und Pflege übernimmt **Lisa Marcella Schmidt**, Referentin für Altenhilfe und Pflege/Rechtliche Betreuung.



Gwendolyn Stilling

Neu geschaffen wurde zudem eine eigene Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, in der die bisher im Stab angesiedelten Stellen und Zuständigkeiten für alles rund um Kommunikation, Presse-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit zusammengeführt werden. Die Leitung der Abteilung übernimmt die Pressesprecherin **Gwendolyn Stilling**.

Darüber hinaus konnten wir in den letzten Wochen viele neue Kolleg\*innen an Bord des Paritätischen begrüßen. An dieser Stelle ein herzliches Willkommen!

Das vollständige Organigramm des Verbandes mit allen Kontaktmöglichkeiten können Sie in Kürze heruntergeladen unter <https://www.der-paritaetische.de/verband/ueber-uns/>

## NEU ERSCHEIEN

### WAS BLEIBT?!

Tipps und Informationen zur Besteuerung des Einkommens für Kindertagespflegepersonen und die sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen.

Die Broschüre, die als 9. Auflage mit aktualisierten Zahlen 2020 vorliegt, informiert über die aktuellen Rahmenbedingungen im Tätigkeitsfeld der Kindertagespflege und gibt wichtige Tipps und Informationen zur Besteuerung des Einkommens für Kindertagespflegepersonen sowie zu sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen.

Seit dem 1. August 2013 gibt es für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in der Kindertagesbetreuung. Seitdem ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung beständig vorangegangen.

Mit dieser Broschüre möchten wir Sie über die aktuellen Rahmenbedingungen im Tätigkeitsfeld der Kindertagespflege informieren und Ihnen wichtige Tipps und Informationen zur Besteuerung des Einkommens für Kindertagespflegepersonen sowie zu sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen geben.

Die Broschüre steht zum kostenlosen Download auf [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)



## NEUER NAME - NEUES LOGO

Die „Frauenselbsthilfe nach Krebs“ heißt seit Anfang Mai „Frauenselbsthilfe Krebs“ und hat ein neues Logo. Wir wünschen unserer Mitgliedsorganisation weiterhin viel Erfolg bei Ihrer wichtigen Arbeit. Infos: [www.frauenselbsthilfe.de](http://www.frauenselbsthilfe.de)





# PARITÄTISCHE TERMINE

## 6.7.20: ONLINE

### Ein Team leiten I - Basiswissen für eine erfolgreiche Teamleitung

In diesem onlinebasierten Seminar werden unterschiedliche Tools und Methoden sinnvoll und abwechslungsreich kombiniert, damit ein effektives Lernen stattfinden kann. Wer eine Leitungsfunktion in einer sozialen Einrichtung übernimmt, muss sich vielen neuen Anforderungen stellen. Dazu gehören die Mitarbeiterführung, die zielorientierte Führung des Verantwortungsbereichs, das Delegieren von Aufgaben, die Entwicklung des Teams sowie das Strukturieren und Priorisieren des neuen Aufgabengebietes. Häufig sind die neuen Führungskräfte nicht ausreichend darauf vorbereitet. Wenn Sie vor der Übernahme einer Leitungsaufgabe stehen oder seit kurzem ein Team leiten - dann ist dies das passende Angebot für Sie. Durch einen Mix aus Theorie, Übung und Diskussion erhalten Sie handhabbare Methoden und Lösungsansätze für Ihre Führungsaufgabe.

## 7.7.20: ONLINE

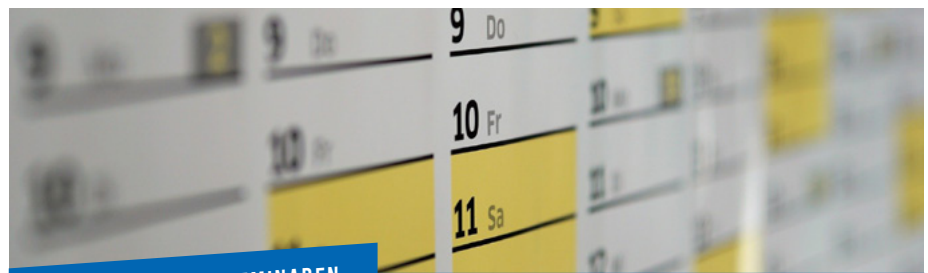
### Nützliche und kostengünstige Tools für die Team-, Bildungs- & Beratungsarbeit finden und nutzen

Die Teilnehmer\*innen lernen verschiedene kostenlose oder auch kostengünstige Tools für die virtuelle Zusammenarbeit, Kommunikation, Präsentation und Dokumentation kennen und hinsichtlich ihrer Qualität zu bewerten. Es werden Best Practice-Beispiele für die Anwendung in der Familienbildung und -beratung aufgezeigt und der Transfer in die eigene Praxis begleitet.

## 13.7.-16.7.20: ONLINE

### SUMMER SCHOOL: Die Digitalisierung der Kinder- und Jugendarbeit. Herausforderungen und Chancen für Träger in der Kinder- und Jugendhilfe.

Für die Fachkräfte bedeutet die zunehmende Digitalisierung, sich in neuen Me-



## INFOS ZU ONLINE-SEMINAREN

Aktuell sind Präsenzseminare durch die Corona-Pandemie vorerst nicht möglich. Daher bieten wir und unsere Mitgliedsorganisationen zahlreiche Online-Seminare und Webinare an.

Alle Infos und technischen Hintergründe finden Sie auf [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org) unter „Veranstaltungen.“

thoden und digitalen Welten zu bewegen. Wie kann die Kinder- und Jugendhilfe Klienten\*innen auch virtuell erreichen? Kann ein Jugendclub online stattfinden? Wie gestaltet sich Bildung in Zeiten digitaler Kommunikation?

## 14.07.20: ONLINE

### Virtuelle Zusammenarbeit in sozialen Arbeitsfeldern – Tipps & Tricks

Die Flexibilisierung von Arbeitsplätzen und das ortsunabhängige Arbeiten, stellen Teams vor neue Herausforderungen - auch in sozialen Arbeitsfeldern. Um Transparenz zu gewährleisten, Informationsverluste zu vermeiden und eine gute Kommunikation bei hoher Arbeitszufriedenheit herzustellen bzw. zu erhalten, bedarf es neuer Instrumente und Strukturen.

## 21.07.20: ONLINE

### Microsoft Excel für Einsteiger

Wir stellen die wichtigsten Funktionen für Einsteiger vor. Sie erlernen den sicheren Umgang mit den vielseitigen Funktionen und Gestaltungsmöglichkeiten, die Excel für Ihre beruflichen Aufgaben bietet.

## 21.07.20: ONLINE

### In 7 Schritten zum professionellen Webinar

Nicht nur in Krisensituationen sind Webinare ein wichtiges Tool, um Informationen zu transportieren. In Zeiten der Digitalisierung gehören sie zunehmend zum beruflichen Alltag. In einem pointierten Überblick bekommen die Teilnehmer\*innen die wichtigsten Informationen für ein

gelingendes Webinar an die Hand. Sie erwerben das nötige mediendidaktische und organisatorische Know-How, um verschiedenartige Inhalte attraktiv und zielgruppengerecht verpacken und präsentieren zu können.

## 27.07.20: ONLINE

### Virtuelles Konflikt- und Krisenmanagement: Sicher agieren aus Distanz

Dieses Modul vermittelt neben rechtlichen Grundlagen, konkretes Handlungs- und Prozesswissen zum virtuellen Konflikt- und Krisenmanagement.

## 28.07.20: ONLINE

### Führung von virtuellen und räumlich verteilten Teams

In diesem Modul setzen sich Führungskräfte mit den Anforderungen an ein zeitgemäßes Führungshandeln und Sozialmanagement auseinander, reflektieren vor diesem Hintergrund ihre bisherigen Überzeugungen und Strategien und lernen alternative Möglichkeiten kennen.

## #GLEICHIMNETZ

### PLÖTZLICH MOBIL ARBEITEN? KEIN PROBLEM!



Infos zu unserem Webzeugkoffer auf [www.paritaet.org](http://www.paritaet.org) unter „Schwerpunkt“ und „Digitalisierung.“



UMFRAGE

**WAS GEFÄLLT IHNEN - WAS KÖNNEN WIR BESSER MACHEN?**

Seit vielen Jahren erscheint das Verbandsmagazin des Paritätischen mit dem simplen Namen „Der Paritätische.“ Das Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Gesamtverband versucht, alle zwei Monate ein unterhaltsames, spannendes und informatives Heft für unsere Mitglieder zu erstellen. Wir möchten Ihre Geschichten erzählen, aber auch ein wenig von uns erzählen und was wir hier im Gesamtverband so treiben.

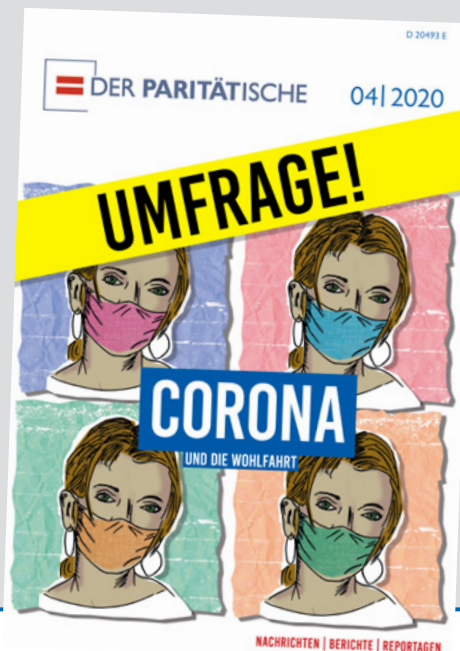
Unser Eindruck ist, dass uns das oft gelingt. Wenn Feedback kommt, ist es meist positiv, aber auch konstruktive Kritik ist uns immer willkommen und wird auch diskutiert. Aber kürzlich ist uns aufgefallen, dass wir noch nie wirklich nachgefragt haben, was Ihnen wirklich gefällt.

Gibt es Themen, die bisher vermisst wurden? Ist etwas zu wenig oder zuviel repräsentiert? Soll weiterhin gedruckt werden oder besser rein digital? Diese und andere Fragen möchten wir an unsere Leser\*innen weiterreichen.

Dazu haben wir eine kurze Online-Umfrage erstellt und laden herzlich dazu ein, sich zu beteiligen. Alles ist komplett anonym.

Wir freuen uns über jede einzelne Stimme. Ihr Magazin-Team!  
Hier gelangen Sie zur Umfrage:

<https://www.sphinxonline.com/v4/s/exg2gw>



IMPRESSUM



**Magazin des PARITÄTISCHEN**

ISSN-1866-1718

Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110

Internet: [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de)

Facebook: [www.facebook.com/paritaet/](http://www.facebook.com/paritaet/)

Twitter: @Paritaet

Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)

E-Mail: [redaktion@paritaet.org](mailto:redaktion@paritaet.org)

**Verantwortlich:** Dr. Ulrich Schneider

**Redaktion:**

Gwendolyn Stilling (Leitung),

Tel.: 030/24636-305

Philipp Meinert,

Tel. 030/24636-339

**Verantwortlich für die Landesseiten:**

Brandenburg: Andreas Kaczynski,

Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0

Hessen: Dr. Yasmin Alinaghi,

Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:

Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0

Thüringen: Stefan Werner, Tel.: 036202/26-200

Für Berichte, die mit dem Namen des\*der Verfasser\*in gekennzeichnet sind, trägt diese\*r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.

**Redaktionsschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen.

**Anschrift von Herausgeber, Redaktion, und Vertrieb:**

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

– Gesamtverband e. V.,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

**Anzeigenverwaltung:**

MD Medien Dienste GmbH

Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

**Druck:**

Henrich Druck + Medien GmbH,

Schwanheimer Straße 110,

60528 Frankfurt am Main

**Erscheinungsweise:** 6 x pro Jahr

**Bildnachweise:**

S. 11-12: Annabell Fugmann

S. 15: Gut Priemern

S. 17: Max Gödecke

S. 18: mac zeug /flickr.com/CC

S. 22 u.: Tim Dennell/flickr.com/CC

S. 23: Geoff Livingston/flickr.com/CC

Alle hier nicht aufgeführten Bilder sind entweder privat zur Verfügung gestellt oder die Bildrechte liegen beim Paritätischen Gesamtverband.





# GLEICH ... IM NETZ

